

# contraste

zeitung für selbstorganisation

396

34. JAHRGANG

SEPTEMBER 2017

4'50 EUR

www.contraste.org

## NACHRICHTEN

Anfang August wurden in Bologna die beiden Sozialen Zentren LaBas und Crash von der Polizei gewaltsam geräumt.

3

## PROJEKTE

Ein Reisebericht aus Minbiç im Norden Syriens über die Selbstverwaltung.

4

## GENOSSENSCHAFTEN

Interview mit Alessandro Viola zu Herausforderungen bei der Umsetzung des italienischen Genossenschaftsgesetzes

7

## BIOTONNE

Auf dem Klimacamp haben Aktivist\*innen Blockaden unter dem Motto »Kohle ersetzen« organisiert.

13

## KUNST & KULTUR

Das Schreibkollektiv I.L.A. stellt sich im Interview vor.

14

### SCHWERPUNKT GENOSSENSCHAFTLICHER MIETERSTROM



Zeichnung: Gerhard Mester

## Impuls für bürgernahe Akteure: das Mieterstromgesetz

Seit dem 25.07.2017 ist das neue Mieterstromgesetz in Kraft. Photovoltaikprojekte mit nicht mehr als 100 kWp, die den erzeugten Strom an die Bewohner direkt liefern, bekommen einen Aufschlag von maximal 3,7 Cent pro Kilowattstunde. Die entscheidende Frage: Was bringt das für die von Bürgern getragene Energiewende? Lassen sich damit Energiegenossenschaften, die entscheidend zum Ausbau des Ökostroms in Deutschland beigetragen haben, wieder aktivieren? Können wir auf einen neuen Photovoltaikboom hoffen?

BURGHARD FLIEGER,  
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Der Begriff Mieterstrom ist in den letzten Jahren gebräuchlich geworden für elektrische Energie, die in dezentralen Stromerzeugungsanlagen erzeugt und direkt vor Ort durch die Bewohner in größeren Wohngebäuden verbraucht wird. Gefördert wird nach dem Mieterstromgesetz nur solarer Mieterstrom. Er kann durch verschiedene Geschäftsmodelle umgesetzt werden. In der Praxis wird vor allem die Vollversorgung für die Endkunden, also die Kombination von lokal erzeugtem Solarstrom mit einer (Öko-)Stromlieferung aus dem Netz realisiert.

Der Schwerpunkt genossenschaftlicher Mieterstrom gibt einen Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen des neuen Mieterstromgesetzes.

Der Hintergrund: Seit 2012 sind die Gründungszahlen von Bürgerenergiegenossenschaften genauso wie die Initiierung neuer Energieprojekte durch bestehende Genossenschaften dramatisch eingebrochen. Die dezentrale Energiewende von unten kam weitgehend zum Erliegen. Ursache war vor allem die Politik des Energieministeriums, die die lästige Konkurrenz der Stadtwerke und der großen Energiekonzerne stoppen wollte.

### Vollbremsung der dezentralen Energiewende

Jetzt, kurz vor der Bundestagswahl, sieht es so aus, dass die politischen Parteien, die für den Rollback bei der Energiewende verantwortlich sind, die dramatischsten Auswirkungen ihrer Politik abschwächen wollen.

So wird mit der Verabschiedung des Mieterstromgesetzes im Bundestag von einem Potenzial für Mieterstrom von bis zu 3,8 Millionen Wohnungen gesprochen. Dieses ist laut einem Gutachten vorhanden, das das BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, beim Beratungsunternehmen Prognos in Auftrag gegeben hat. Damit dieses Potential auf keinen Fall genutzt werden kann, wurden in das Gesetz zahlreiche Bremsen eingebaut. Diese reichen von einer Begrenzung auf Anlagen von maximal 100 kWp, über die Einschränkung von Quartierskonzepten, da Strom nur in »unmittelbar« benachbarte Häuser geliefert werden darf, bis hin zu einer Deckelung der Zuschüsse auf ein maximales Volumen im Jahr von 500 Megawatt.

Dass das Mieterstromgesetz dennoch für Energiegenossenschaften neue

Chancen bietet, wird in dem Schwerpunkt deutlich. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass es um kleine überschaubare Projekte geht. Für die meisten Energiedienstleister, Stadtwerke und Energiekonzerne sind solche Größenordnungen nicht wirklich von Interesse. Die Margen liegen einfach zu niedrig. Auch sind zu viele direkte Gespräche und Kontakte mit den zukünftigen Nutzern von Mieterstrom erforderlich. Dies können Energiegenossenschaften, die vor Ort gut verankert sind, erheblich besser leisten als andere Energieunternehmen.

### Ermöglichung überschaubarer lokaler Projekte

Der Schwerpunkt besteht inhaltlich aus drei Teilen. Am Anfang wird durch einen Artikel erläutert, was

genossenschaftlicher Mieterstrom ist und mit einem Interview ein Überblick über die Erfordernisse und Grenzen neuer Projekte im Rahmen des Mieterstromgesetzes gegeben. Im zweiten Teil geht es um konkrete Mieterstromprojekte, die von genossenschaftlichen Unternehmen umgesetzt wurden. Sie stammen überwiegend noch aus einer Zeit vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes. Aus ihnen wird deutlich, dass Genossenschaften die Anforderungen an solche Energieprojekte gut erfüllen können. Gleichzeitig zeigen sie, dass sich die Umsetzung am besten über Kooperationen verwirklichen lässt. Abschließend wird noch auf Hilfen, Weiterbildungsmöglichkeiten und eine Veröffentlichung zum Mieterstrom verwiesen, damit das Potential leichter genutzt werden kann.

### FREIBURG: VERBOT DER PLATTFORM LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG

## Gegen Meinungsvielfalt und selbstverwaltete Strukturen

Am 25. August hat das Bundesinnenministerium unter Thomas de Maizière überraschend die unabhängige Medienplattform »linksunten.indymedia.org« verboten. Zeitgleich gab es in Freiburg Razzien in vier Privatwohnungen und im autonomen Zentrum KTS. Es hagelt Kritik von unterschiedlicher Seite. Am 9. September ist in Freiburg eine große Demo für Pressefreiheit und gegen Repression geplant.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Der Innenminister begründete das Verbot damit, dass sich die Platt-

form gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Umgehend feierten die Mainstream-Medien die Aktion als »bedeutenden Schlag« gegen den »linken Extremismus«. Doch viele KritikerInnen beurteilen sie als Wahlkampfmanöver von de Maizière, um sich nach den G20-Protesten als Mann für »Recht und Ordnung« zu stilisieren.

Das unabhängige, dezentrale und antikapitalistische Nachrichtennetzwerk Indymedia entstand im Zuge der globalisierungskritischen Bewegung der Jahrtausendwende und stellt für Hunderttausende auf dieser Welt ein wichtiges Sprachrohr dar. Laut dem

»netzpolitik.org«-Redakteur Markus Reuter gilt Indymedia als »Vorreiter des Bürgerjournalismus«, denn jeder Mensch kann hier Beiträge veröffentlichen. Beispielsweise fanden sich auf Linksunten zahlreiche fundierte Recherchen über die rechtsradikale Szene.

Reuter kritisiert in einem Kontext-Beitrag das Verbot des Innenministers insbesondere als medienpolitisch höchst fragwürdig, denn de Maizière »sanktioniere medienpezifisches Verhalten über den Rückgriff auf das allgemeine Ordnungsrecht.« Nicht er sondern die Landesmedienanstalten wären hier für eine Aufsicht zuständig, denn es gelte die

»grundrechtlich verbriepte Pressefreiheit.«

Das autonome Zentrum KTS Freiburg protestierte scharf gegen das staatliche Vorgehen: »Dass sich das Innenministerium und das Verwaltungsgericht erdreisten, unser Autonomes Zentrum zum »Vereinsitz« der Internetplattform linksunten.indymedia.org zu machen, zeugt von völliger Ignoranz und ermöglichte dennoch staatlichen Diebstahl im großen Stil. Der Versuch, Linksunten zu zerschlagen, ist ein Angriff auf alle sozialen Bewegungen, die sich im Kampf einer solidarischen Globalisierung verorten. Nicht nur in Teheran, Amed oder

Athen greifen die Behörden Journalist\*innen und autonome Medienschaffende an. Es passiert hier und jetzt, in Hamburg, in Freiburg und im Cyberspace.«

Schon am Samstag nach den Razzien demonstrierten spontan über 400 Menschen in Freiburg. Am 9. September plant die »Soligruppe Unabhängige Medien« eine internationale Demonstration für Pressefreiheit und gegen die Repression in Freiburg.

Infos:  
www.kts-freiburg.org (mit Spendenkonto)  
www.kontextwochenzeitung.de (Ausgabe 335)

# INHALTSANGABE

<b>NACHRICHTEN</b> LABAS CRITICAL MASS MELDUNGEN	<b>SEITE 3</b>	<b>SCHWERPUNKT</b>	<b>SEITE 9</b>
<b>PROJEKTE</b> GENOSSENSCHAFT MAG4 NETZWERK NEWS	<b>SEITE 4</b>	GENOSSENSCHAFTLICHER MIETERSTORM JURISTISCHE FALLSTRICKE	<b>SEITE 10</b>
<b>PROJEKTE</b> REISEBERICHT AUS MINBIÇ INTERVIEW	<b>SEITE 5</b>	HATTINGER MIETERVEREIN ISARWATT EG, MÜNCHEN	<b>SEITE 11</b>
<b>PROJEKTE</b> SOLIDARITY CITIES	<b>SEITE 6</b>	SOLAR-BÜRGER-GENOSSENSCHAFT EG, FREIBURG MIETERSTROM LEICHTER MANAGEN	<b>SEITE 12</b>
<b>GENOSSENSCHAFTEN</b> INTERVIEW ALESSANDRO VIOLA	<b>SEITE 7</b>	ANGEBOTSVIELFALT ZU MIETERSTROM PRAXISHANDBUCH MIETERSTROM	<b>SEITE 13</b>
<b>ÜBER DEN TELLERRAND</b> INTERVIEW MIT ALBERTO ACOSTA REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE	<b>SEITE 8</b>	<b>BIOTONNE</b> KOHLE ERSETZEN	<b>SEITE 14</b>
		<b>KUNST&amp;KULTUR</b> SCHREIBKOLLEKTIV I.L.A. FILM: SACCO UND VANZETTI	<b>SEITE 15</b>
		<b>REZENSIONEN</b> IMPERIALE LEBENSWEISE KLASSENUNTERSCHIEDE EINE SCHULE, DIE GLÜCKLICH MACHT ERINNERUNG AN EINEN RADIKALEN DEMOKRATEN NICARAGUANISCHEN REVOLUTION	<b>SEITE 16</b>
		<b>TERMINE</b> KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	

**Contraste** ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmontat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: [www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm](http://www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm)

## contraste abonnieren!

**Schnupperabo** (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

**Standard-Abo** (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

**Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

**Kollektiv-Abo** (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

**Fördermitgliedschaft** jährlich mindestens **70 Euro**

**Fördermitgliedschaft** jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

**Vereins-Satzung** unter: [www.contraste.org/fileadmin/user\\_upload/Contraste-Satzung.pdf](http://www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf)

**online-Formulare:** [www.contraste.org/index.php?id=99](http://www.contraste.org/index.php?id=99)

Rückfragen bitte an: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)

### AKTION 2017

## Alarm - Wir brauchen noch 2.000 Euro

Liebe Leser\*innen,

wie gut es tut, es hat einen wunderbaren Schub nach vorn gegeben für unsere »Aktion 2017«. Stolze 1.244 Euro sind seit dem Juni auf unserem Konto eingegangen. Vielen Dank allen für kleine und große Gaben. Insgesamt sind nun 4.474 Euro eingegangen, damit sind 69 Prozent des Spendenziels erreicht. Das Contraste-Projekt benötigt bis Mitte Oktober insgesamt 6.500 Euro, sonst wissen wir beispielsweise den Druck der Novemberausgabe nicht mehr zu zahlen. Es fehlen uns noch genau 2.026 Euro. Zwei Drittel der Wegstrecke sind bereits geschafft, jetzt

braucht es noch einen guten Endspurt und alle, denen die Contraste am Herzen liegt, können aufatmen.

»Alarm, Alarm, Alarm!« Wir brauchen eure finanzielle Unterstützung. Spendet, spendet, spendet!

Neu: Jetzt kann auch bei der Spendenplattform [betterplace.org](http://betterplace.org) für die Contraste gespendet werden. Es werden Spender\*innen gesucht, die uns eine Zeitungsseite in einer Ausgabe spendieren. Schaut gerne mal rein unter [betterplace.org/p56276](http://betterplace.org/p56276). Diese Unterstützung fließt auch in die »Aktion 2017« ein. Übrigens auch bezahlte Anzeigen in unseren Ausgaben helfen uns

weiter. Wer kann welche vermitteln?

Auch diesen Monat gibt es gute Meldungen aus der Abo-Abteilung: 5 neue Abos und 2 Fördermitgliedschaften stehen je einer Kündigung gegenüber. Unser bescheidenes Plus steigt an.

Gerne würdigen wir unsere Spender\*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte in den Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail.

Aus der **Contraste-Redaktion** grüßt

**Heinz Weinhausen**

## Wir danken den Spender\*innen

O.J.	5,00
Rainer Notter, Zürich	50,00
M.M.	15,00
D.G.	188,00
H.L.	5,00
Ingrid Teufel, Weissach	100,00
R.U.J.	50,00
B.D.	60,00
Los Geh't's Treffen	40,00
Stefan Merten, Frankfurt	200,00
L.C+M.L.	16,00
Infostand Stuttgart	25,00
M.S.B.	150,00
H.B.	200,00
A.A.	100,00
Luz Kerkeling, Münster	25,00
Silke Helfrich, Neudenau	15,00

.....  
 Spendenticker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **2026,00Euro**  
 .....

### CONTRASTE-PLENUM IN DER UCKERMARK



▲ Regenpause beim Sommerplenum: (vorne) Kai, Ulrike, Michaela; (hinten) Brigitte, Heinz und Ariane Bild: Contraste

## Gut gelaunt in Feuerland

ARIANE DETTLOFF UND HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Am Brüssower See, inmitten einer fruchtbaren Moränenlandschaft, liegen die Backsteinhäuser der Kommune Feuerland, wo unser Sommerplenum tagte. Kurz vor der Grenze zu Polen, nahe Szczecin, kauften Kommunard\*innen in den neunziger Jahren einen großen Hof, der aufgegeben werden sollte. In dessen großzügigen Räumen konnten wir Anfang Juli drei Tage lang auf das vergangene Halbjahr zurückblicken und beratschlagen, wie wir weitermachen wollen. Wir, das waren Brigitte aus Graz, Ariane und Heinz aus Köln, Kai aus Göttingen und Ulrike aus Berlin.

Einhellig fanden wir, dass unsere Zeitung durchweg interessante und vielfältige Artikel präsentierte. Sie gewannen besonders durch grafisch gelungene Gestaltung. Zudem gab es mehr Farbe in den Heften, gespendet von den jeweiligen Schwerpunkt-Redakteur\*innen. Eine zusätzliche Farbseite kostet 20 Euro. Dies gibt das reguläre Contraste-Budget nicht her.

Wir besprachen Möglichkeiten, unsere Finanzen aufzubessern, um mit weniger Spenden auszukommen. In den letzten Monaten konnten wir mehr Anzeigen einwerben und wollen dies

ausbauen. Wir wollen regelmäßig auf linken Buchmessen, auf Tagungen und bei Widerstandscamps mit unserer Zeitung präsent sein, um neue Leser\*innen zu gewinnen. Über Mithilfe freuen wir uns immer.

Inhaltlich erörterten wir neue Schwerpunkte. Wandels-Theorien und -Strategien wollen wir mehr Raum geben. Deswegen wird der Repressionsticker zukünftig nur noch zweimonatlich erscheinen. Für die Maulwurfshügel-Ausblicke suchen wir weitere Autor\*innen.

Als der brandenburgische Regen pausierte, zeigte Gastgeberin Michaela uns Häuser, Scheune, Garten, Pferdekoppel und die bezaubernde Biotop-Wildnis der Feuerland-Kommune. Einige von uns nahmen sich nach dem Tag noch Zeit für einen Ausflug nach Szczecin an die Oder und eine Wanderung durch die Weiten der Umgebung. Ein Bad im Brüssower See erfrischte wunderbar.

Unser nächstes Plenum wird vom 8. -10.12. in Kassel tagen. Wir laden herzlich ein mitzutun.

**Kommune Feuerland:** [cyborgsociety.org/feuerland](http://cyborgsociety.org/feuerland)

POLZEI RÄUMT GEWALTSAM SOZIALE ZENTREN IN BOLOGNA

# Eröffnet das Låbas wieder!

In den Morgenstunden des siebten August sind in Bologna die zwei Sozialen Zentren Låbas und Crash von der Polizei gewaltsam geräumt worden. Der Bürgermeister von Bologna verspricht den AktivistInnen einen Alternativort zu finden. Eine Demonstration gegen die Räumungen und für eine Neueröffnung von Låbas wird am 9. September in Bologna stattfinden. 5.000 Demonstrierende werden erwartet.

DANA BERG, BERLIN

Am Morgen des 8. August sind in Bologna zwei Soziale Zentren gewaltsam geräumt worden. Das Låbas und das Crash. Dutzende Demonstrierende haben versucht, die Räumung zu verhindern. Am selben Tag wurde auf dem Piazza Maggiore im Zentrum Bolognas von den OrganisatorInnen der besetzten Zentren eine spontane Pressekonferenz einberufen, an der etwa 300 Interessierte teilnahmen. Der Bürgermeister Bolognas Virginio Merola von der Demokratischen Partei (PD) war auch anwesend und hat den AktivistInnen zugesichert, einen Alternativort für die geräumten Soziale Zentren in Bologna zu finden. Ein direktes Gespräch zwischen ihm und den OrganisatorInnen vom Låbas findet Ende August statt. Wie auch immer dieses Gespräch verlaufen wird: Die OrganisatorInnen und Leiter des Låbas sind sicher, dass sie mit oder ohne Hilfe der Regierung einen neuen Ort finden werden und müssen. Die in Italien sehr mächtige Banken- und Investmentgruppe Cassa Depositi e Prestiti sind die Besitzer des geräumten Zentrums Låbas und planen auf



▲ Das Motto der Proteste ist #RIAPRIAMOLÅBAS. Es bedeutet schlicht: »Wir eröffnen das Låbas wieder.« Foto: Dana Berg

dem Gelände Luxushotels und Parkhäuser. Für die AktivistInnen ist das nicht hinnehmbar. Bologna brauche weder Luxushotels noch weitere Shopping-Center. Centri Sociali spielen für die Linke in Italien eine zentrale Rolle. Sie sind wichtiger Ort der sozialen und medizinischen Versorgung Obdachloser, Geflüchteter und gleichzeitig ein wichtiger kollektiv organisierter Schmelzriegel der Revolte linker autonomer Gruppen. Im Låbas, was seit 2012 besetzt war, gab es viele wichtige ehrenamtliche Projekte, die dringend einen physischen Ort brauchen, um weiter fortbestehen zu

können: ein wöchentlicher Biomarkt, Sprach- und Sportkurse, Kindergärten, Bibliothek, Informationsdienste für Geflüchtete und dabei auch einige Schlafplätze für Wohnungslose. Einer der Hauptverantwortlichen des Låbas, der Philosophiestudent Guglielmo Maria Vespignani (26) zeigt sich in einem Interview besorgt, über die Situation der Sozialen Zentren in Bologna und in Italien im Allgemeinen. »Wir haben in vielen Gesprächen versucht mit dieser Bank zu verhandeln, um das soziale Zentrum zu erhalten, aber ohne Erfolg. Die einzige Antwort von ihrer Seite war und ist: Wir wollen

das Gebäude zurück.« Es gibt immer weniger Orte wie diese. Nach seiner Schätzung inzwischen nur noch zehn, die theoretisch jeden Augenblick von einer Räumung bedroht sind. Ein Trend, der sich fortsetzt. »In Italien gibt es auch auf nationaler Ebene von Seiten des Staates eine neue aggressivere Strategie, kommunale und oppositionelle Projekte in besetzten Häusern nicht mehr zu tolerieren. Das ist nicht mehr zu übersehen«, sagt Vespignani.

Am 20. August diesen Jahres wurde auch in Rom ein besetztes Haus am Piazza dell indipendenza gewaltsam geräumt. Etwas 1.000 Menschen hatten das Haus besetzt. Darunter viele Geflüchtete aus Eritrea und Äthiopien. Nach Angaben von Menschengrechtsorganisationen aus Rom wurden auch Kinder und schwangere Frauen des Hauses verwiesen. Wasserwerfer kamen zum Einsatz.

Am 9. September haben die OrganisatorInnen des Låbas und des Crash zu einer Demonstration aufgerufen. Unterstützt werden die OrganisatorInnen von zahlreichen linkspolitischen Organisationen und Gruppen aus ganz Europa. Guglielmo Maria Vespignani hofft, dass mindestens 5.000 Demonstrierende für eine Wiedereröffnung des Låbas auf die Straße gehen werden. Es ist eine wichtige Demonstration für die Stadt, die in der Zeit des Faschismus »La rossa« die Rote genannt wurde und nach Ansicht der AktivistInnen eine Stadt des linken Widerstandes bleiben soll.

Link zu Låbas: <https://www.facebook.com/labasoccupatobologna/>

MELDUNGEN

## Die Wandelwoche Berlin-Brandenburg

Zum dritten Mal findet die Wandelwoche Berlin-Brandenburg statt, vom 07. - 17. September. Unter dem Motto »Her mit dem guten Leben! Für alle! Überall!« finden mehr als 30 geführte Touren, Veranstaltungen und Kulturprogramm statt. Die zentrale Frage: »Wie wollen wir Leben und Arbeiten?« Vorgestellt, besucht, diskutiert und weiterentwickelt werden Ideen und Geschichten des Gelingens für ein Leben, Wohnen und Arbeiten jenseits von Wachstumsdogma und Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Wandelwoche lebt von den Menschen und Projekten, die in unserer Region - in der Stadt und auf dem Land - im nachbarschaftlichen Miteinander, in solidarischen Unternehmungen und sozialen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften Alternativen ausprobieren und diese teilen und Mitsprecher\*innen finden wollen. Wir suchen mit allen Interessierten gemeinsam nach Antworten auf Fragen wie: Wie kann nachhaltiger Konsum aussehen? Was sind unsere gemeinsamen Ansprüche an das »gute Leben«? Welche spannenden Projekte existieren direkt vor meiner Tür? Besonderer Themenfokus 2017: Teilhabe von Geflüchteten und Beiträgen statt Tauschen.

Teilnehmen und mehr erfahren: [bbb.wandelwoche.org/](http://bbb.wandelwoche.org/)

STUTTGART/KÖLN/BERLIN: RADFAHRERINNEN WERDEN ZUR »CRITICAL MASS«

# Ritzel statt Rußpartikel

In vielen Städten heißt es regelmäßig und mit wachsenden TeilnehmerInnenzahlen: »Ritzel statt Rußpartikel« und »Klingel statt Hupe«. Stuttgart und Köln melden mehr als 1.000 RadlerInnen bei der monatlich rollenden »Critical Mass«, die »mehr als nur eine Radtour in der Stadt« sein will. In Berlin wurde Anfang August als gemeinsames Ergebnis von verschiedenen Initiativen und der Senatsverwaltung der Entwurf für ein Radgesetz vorgestellt. Die »Gegenbewegung zur alltäglichen Blechlawine auf den Straßen« ist drauf und dran, die Stimmung zum Kippen zu bringen - und dies mit spürbar guter Laune.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Wer als FußgängerIn oder RadlerIn schon mal unverhofft das Vorbeifahren einer »Critical Mass« (CM) erlebt hat, kann sich der guten Stimmung auf der Straße kaum entziehen. Im Juli hat ein solch stauender Beobachter in Köln, Robert Schiefbahn, sich entschlossen, selbst mitzufahren und danach seine für ihn verblüffenden Erlebnisse in begeisterte Worte gefasst:

»Ganz ungewohnt, auf dem Ring, dann auf der Magnus-Straße, gemütlich auf der Straße zu fahren. Ohne Angst. Dann Nord-Süd-Fahrt: Drei Spuren zum Radeln!!! Ein Glücksgefühl stellte sich ein. Mir fiel die freundliche, tolerante Atmosphäre auf: Überholer unter den Teilnehmern haben meist zurückhaltend überholt, ihnen wurde oft und ohne Sprüche Platz gemacht. Winken, seitens der Radler und, da staunte ich nicht

schlecht, auch seitens der Autofahrer und vieler Fußgänger. Ich dachte, ich wär im falschen Film. Verflucht, wo ist denn die gewohnte Aggressivität? Weg! Futschikato. Dann: Freundliche, lachende Polizisten, die sich mit anderen Radlern unterhielten. Viele derer, die ihr Rad vor Autos gestellt hatten, sprachen - anscheinend freundlich - mit deren Insassen. Immer wieder winkende Autofahrer. Ja wie jetzt?«

### Mehr als 1.000 TeilnehmerInnen

Die Stimmung wirkte offenbar ansteckend, denn für Robert ist klar: er will nächstes Mal wieder kommen und übernächstes Mal seine Nachbarn mitbringen. Sowohl in Köln als auch in Stuttgart findet die CM seit mehr als sieben Jahren statt. In Köln wurden Anfang Juli »1.020 fröhliche Menschen auf Fahrrädern gesichtet« und auf Stuttgarts Straßen waren es am 4. August »handgezählte 1.419« RadlerInnen. Dabei ist die Organisation je nach Ort ganz unterschiedlich: In Köln fahren PolizistInnen mit dem Fahrrad mit, in vielen der mehr als 100 Städten und Kommunen in Deutschland findet die CM jedoch ohne Anmeldung statt. In Stuttgart haben sich die InitiatorInnen von Anfang für eine Kooperation mit der Polizei entschieden und melden die CM an - damit auch Kinder ohne Bedenken mitfahren können.

### Platz im Straßenverkehr beanspruchen

Zur Frage, warum jeden Monat am ersten Freitag eine CM durch die Stadt

rollt und welche »Wahrnehmung« die unterschiedlichen VerkehrsteilnehmerInnen haben, erklärt der Architekt Alban Manz, einer der Stuttgarter Initiatoren: »Eine möglichst große Zahl an Radfahrern schließt sich regelmäßig zu einer Gruppe zusammen und beansprucht so ihren Platz im Straßenverkehr. Man kann diese Aktionsform also getrost als Gegenbewegung zur alltäglichen Blechlawine auf Stuttgarts Straßen begreifen - und als Feier für das Verkehrsmittel Fahrrad. Ein Grundanliegen der Critical Mass ist, sicheren Verkehrsraum für Radfahrer zurückzugewinnen.

### Sicheren Verkehrsraum zurückgewinnen

Angesichts der zerstörerischen Dauerbaustelle von Stuttgart21 sowie der unrühmlichen Auszeichnungen als Stau- und Feinstaubhauptstadt Deutschlands sorgt das Thema Verkehr im Südwesten schon für hitzige Gemüter. In Folge des Dieselskandals bekam außerdem vor Kurzem die Deutsche Umwelthilfe (wieder einmal) recht, denn für das Stuttgarter Verwaltungsgericht ist die Gesundheit der BewohnerInnen höher einzustufen als das (Gewohnheits-)Recht auf freie Fahrt für Abgasschleudern. Was bedeutet: Fahrverbote sind rechtens - wenn Kretschmann (sic!) sich nicht doch noch für eine Berufung entscheidet! Auch Alban Manz stellt inzwischen fest: »Langsam bekommt die unerschütterliche Gewissheit, das Auto sei die Krone der Mobilität, ernst-

zunehmende Risse.« Und zur Frage, was diese Feststellung mit der CM zu tun habe, antwortet er: »Wir leisten gewissermaßen Aufklärungsarbeit. Wir zeigen auf entspannte Weise, wie selbstverständlich auf allen Straßen Rad gefahren werden kann. Wir zeigen: Das ist überhaupt nicht gefährlich, solange der Autoverkehr sich in einem für alle verträglichen Rahmen bewegt. Dieser Rahmen allerdings, der wird in Zukunft deutlich enger zu stecken sein als bisher. Auch wenn dies - vorläufig - noch nicht alle verstehen.«

### Verkehrswende einleiten

Eine Verkehrswende, die ihren Namen verdient, will ein breites Bündnis in Berlin mit »Deutschlands erstem Radgesetz« erreichen. Angestoßen hatte den Gesetzgebungsprozess die Initiative Volksentscheid Fahrrad vor über 24 Monaten. Ehrenamtliche sammelten binnen kürzester Zeit mehr als 100.000 Unterschriften. Der nun vorliegende Referentenentwurf wird von verschiedenen Initiativen, dem ADFC, dem BUND, den Regierungsfractionen und der Senatsverwaltung unterstützt und soll bis Ende des Jahres zur Abstimmung im Abgeordnetenhaus kommen.

Infos, Bilder und Videos: <https://criticalmassstuttgart.wordpress.com/> <http://www.critical-mass-cologne.de/> <http://criticalmass-berlin.org/>

ANZEIGEN

**Sommer des Widerstands**

Info: Eva Karnofsky/Barbara Pottstast: Mächtig, mutig und genial. Vierzig außergewöhnliche Frauen aus Lateinamerika (Notbuch)

ITZU BESTELLEN! 3 Monate JW für 62 Euro\* (statt 114,00 €) (Buchpreis)

Die Tageszeitung **junge Welt**

Informationen zu Bestellung und zur Buchprämie unter: 030/536355-80 oder [www.jungewelt.de/sommerabo](http://www.jungewelt.de/sommerabo)

**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Sidatlicher Handel mit aufständischen Regionen in Chiapas - Mexiko

**Café Libertad Kollektiv eG**

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-30906892 \* Fax: -93

[www.cafe-libertad.de](http://www.cafe-libertad.de) \* [cafe-libertad@gmx.de](mailto:cafe-libertad@gmx.de)

**Genossenschaft gründen?**

[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

ITALIENISCHE FINANZ-GENOSSENSCHAFT: MUTUA AUTOGESTIONE 4

## Kredite als Menschenrecht

Ein kritischer Punkt, den viele selbstorganisierte Projekte oder Kollektivbetriebe bei ihrer Gründung in Angriff nehmen müssen, ist die Finanzierung. Tolle Ideen haben oft nicht die Möglichkeit umgesetzt zu werden, da das nötige Startkapital fehlt und es keinen einfachen Zugang zu Krediten gibt. Besonders dann nicht, wenn es um neue solidarische Arbeitsformen und Experimente als Teil des Projekts geht und so keine klassischen Garantien für Kreditgeber bestehen. In den letzten Jahren wurden einige Lösungen dafür entwickelt, zum Beispiel Crowdfunding oder auch private Direktkredite, aber es gibt weiterhin viele Situationen, in denen diese beiden Werkzeuge nicht helfen und Projekte deshalb nicht umgesetzt werden können. Die ersten MAGs in Italien wurden bereits in den 1970er Jahren gegründet, wie Sara Boschi, Mitglied und Mitarbeiterin der Genossenschaft MAG4 (Mutua Auto Gestione - Selbstverwaltete Versicherung) erklärt.

LUCA ASPERIUS, IMWANDEL

### Wie funktioniert MAG4?

MAG4 ist eine Finanz-Genossenschaft, die sich mit ethischem Finanzwesen beschäftigt. Ethisches Finanzwesen deswegen, weil wir Kredite auch denen geben, die normalerweise als kreditunfähig gelten. Also Projekte, die von normalen Banken keine Kredite bekommen können. Normalerweise ist es so: Wer Geld hat, kann mehr haben; wer nichts hat, bekommt auch nichts. Die MAG versucht dieses Modell hinter sich zu lassen und behauptet, dass Kredit ein Menschenrecht ist. Auch wenn man kein Geld hat, sollte man immer in der Lage sein, eine Finanzierung beantragen zu können. Wir gewähren Kredite mit Garantien, jedoch ohne Eigenkapital als Voraussetzung; Kredite sind personen- und nicht vermögensabhängig.

### Klingt sehr spannend, wie setzt ihr das um?

Ein MAG Projekt braucht, um finanziert zu werden einige Leute, die BürgInnen werden. Sie brauchen nur eine kleine Garantie zu unterschreiben, womit sie eine Mitverantwortung tragen. Es müssen natürlich sehr



▲ Sara Boschi

Foto: ImWandel

motiviert Personen sein - sie nehmen normalerweise am ganzen Projektlauf teil - und fast immer schaffen wir es einen Kreditausfall zu vermeiden. Alles läuft normalerweise wie geschmiert und wenn es Probleme gibt, finden wir eine einfache Lösung.

Und die Zahlen sprechen für sich: die MAG4 wurde 1987 gegründet, und jetzt hat sie fast 1.100 Mitglieder, darunter sowohl natürliche, als auch juristische Personen. Um sich einen Begriff von den Dimensionen zu machen: die Bilanzsumme beträgt etwa zweieinhalb Millionen Euro. Und die MAG4 stellt fast 2 Millionen Euro als Finanzierung zur Verfügung. Seit

der Gründung, haben mehr als 400 Projekte von unseren Krediten profitiert. Es ist also eine ständig wachsende Genossenschaft, eine gut funktionierende Genossenschaft, die versucht ein Netzwerk zu schaffen. Es gibt zur Zeit 5 MAGs in Italien. Alle sind in verschiedenen italienischen Regionen aktiv. Jede ist verschieden, aber alle sind Genossenschaften die sich mit ethischem Finanzwesen beschäftigen.

### Welchen Beitrag kann MAG4 zu einem sozial-ökologischen Wandel unserer Gesellschaft leisten?

In Anbetracht unserer Tätigkeit

kann man sagen, dass der Wandel, den wir uns wünschen, einer Welt ist, in welcher der Gewinn nicht mehr der Mittelpunkt der Wirtschaft ist, sondern der Mensch. Das wird noch lange dauern, weil wir uns in einer Welt befinden, die nur nach Gewinn strebt, aber der Wandel wird sich genau in diesem Wechsel, weg vom Gewinn hin zum Menschen, vollziehen. Geld, wie es heutzutage benutzt wird, macht die Welt kaputt. Es sollte wieder als Mittel und nicht als Ziel dienen.

(Interview übersetzt von Mattia Macor)

## Der Wandel hat schon begonnen... willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

<http://www.imwandel.net>

### NETZWERK NEWS

## Solidarität entsteht aus Hoffnung entsteht aus Solidarität



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 37 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer\_innen und Spender\_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

[www.netzwerk-selbsthilfe.de](http://www.netzwerk-selbsthilfe.de)

Ein grauer Sommer neigt sich langsam dem Ende zu und wir kehren gestärkt, aber immer noch nass aus der Sommerpause zurück. Zeit Bilanz zu ziehen und nochmals zurückzuschauen zur Woche das Aufbegehrens; zum G20 Gipfel in Hamburg. Sie begann mit Einschüchterung und Drohgebärden, Verletzung von Menschenrechten, Versammlungs- und Meinungsfreiheit: widerrechtlicher Räumung von Camps, Protest-Verbotzonen, eklatanten Eingriffen in die Pressefreiheit und nicht zuletzt die massive willkürliche Gewalt gegen Aktivist\*innen. Der Protest sollte nicht gesehen und nicht gehört werden, die Aktivist\*innen nirgendwo schlafen, nirgendwo essen können. So aggressiv und penetrant die Staatsgewalt auftrat, so lächerlich wirkte sie angesichts der überwältigenden Solidarität, die sich in Hamburg zeigte. Menschen

teilen ihre Wohnungen. In Hinterhöfen wurden Zelte aufgeschlagen. Mehrere Kirchen in St. Pauli und Altona öffneten ihre Türen und es entstanden Camps um sie herum. Das Schauspielhaus ließ G20-Gegner\*innen zum Schlafen und Essen hinein, ebenso der FC St. Pauli. Der Protest, der nirgendwo sein sollte, war plötzlich überall und nicht aufzuhalten. Das Band der Freundschaft und der Solidarität zwischen ganz unterschiedlichen Menschen und politischen Spektren wurde stärker - dies wird die Tage des Protests und des Widerstandes überdauern. 20.000 Menschen tanzten gegen den Gipfel durch Hamburgs Straßen; dies war der Startschuss. Aktion um Aktion entfaltete sich, flutete die Straßen, blockierte, besetzte und störte gewaltig. Und schließlich strömten knapp 80.000 Menschen für »Grenzenlose Solidarität« gegen die Welt

der G20 und ihren Kapitalismus durch Hamburgs Straßen.

### Alles muss anders werden!

Aber auch in Berlin zeigten Initiativen und Projekte was vom Gipfel zu halten ist. So gab die Berliner IL eine Massenzeitung gegen den G20 Gipfel »Rebellion entsteht aus Hoffnung entsteht aus Rebellion«, die sich breit mit inhaltlichen Themen des Gipfels auseinandersetzt und auch als Einlage in Wochenzeitungen wie der Jungle World Verwendung fand. Aber auch die G20-Afrika-Partnership-Konferenz, die im Vorfeld des Gipfels in Berlin stattfand, wurde kritisch von Projekten begleitet. So fanden zwei Videokundgebungen mit anschließender Diskussion zum Thema statt. Und zusammen mit Afrique Europe Interact und selbstorganisierten Geflüchteten-Gruppen fand eine Fahrradral-

lye statt, auf deren Route Bayer und andere Profiteure und verantwortliche Institutionen öffentlich wirksam besucht wurden. Wir können also zurückblicken auf eine ermutigende Gipfelwoche mit einer Vielfalt von Aktionen und Widerstandsformen und Zehntausenden, die sich in der Ablehnung des Gipfeltreffens einig waren. Und wie die IL ganz richtig feststellt: »Die Tage von Hamburg gingen tiefer als die Meinungsumfragen und medialen Stimmungshochs. Sie werden noch lebendig sein, wenn niemand mehr weiß, wer eigentlich Olaf Scholz war. Sie tragen uns in die Kämpfe, die noch vor uns liegen, bis endlich alles ganz anders wird.«

Petra Panther

Weitere Informationen: <http://wirsindwuetend.blogspot.eu/2017/05/20/videokundgebungen-auf-dem-oranienplatz-umsonst-und-draussen>

EINE REISE INS BEFREITE MINBIÇ IM NORDEN SYRIENS

## » Aus der IS-Hölle ins Paradies «

Es ist April, vom weltbekannt gewordenen Kobani kommend überquere ich den Euphrat. Eine halbe Stunde später erreichen wir Minbiç (Manbidsch), das im August 2016 von den Truppen der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) befreit wurde. Mehr als zwei Jahre war die überwiegend arabisch geprägte Stadt vom Islamischen Staat besetzt. Außerdem wohnen dort Kurd\*innen, Turkmen\*innen und Tscherkess\*innen. Direkt vor Ort will ich erfahren, was Bewohner\*innen in der IS-Zeit durchmachen mussten und wie sie die Befreiung mit entscheidender Rolle der kurdischen YPG heute sehen.

ERCAN AYBOGA, DEUTSCHLAND UND  
NORD-KURDISTAN

Viele der durch die Kämpfe zerstörten Gebäude wurden bereits saniert. Auf den Straßen ist wieder viel los, es liegt kaum noch Schutt und Müll herum. Für die Schüler\*innen wurden die Schulen wieder umgehend geöffnet. Ich fahre zum »Zivilrat Minbiç«, der die Stadt leitet. Ich werde sehr herzlich empfangen. Mitglieder des Zivilrates erzählen von den Leiden in der Besatzungszeit: »Der IS-Terror war eine Hölle. Insgesamt wurden 545 Menschen tagelang auf öffentlichen Plätzen in Käfige gesteckt und Tage später enthauptet. Viele Bewohner\*innen wurden gezwungen zuzuschauen.« Ich sehe mir später auf einem öffentlichen Platz einen der berüchtigsten Käfige an. Heute spielen dort Kinder. Ein Denkmal soll errichtet werden.

Die Turkmenin Emine Bozgeyik vom Zivilrat beschreibt, wie sie fast die ganze Zeit in ihrem Haus geblieben ist. Denn nach draußen konnte die Lehrerin nur mit ihrem Mann oder Bruder gehen, sie musste dabei einen Abstand von 15 Metern einhalten. Dies war schrecklich für sie. Schlimmer war es noch für die Frauen, die bei 40 Grad Hitze auf den Gemüse-



▲ Mitglieder des Zivilrates von Minbiç. V.l.n.r.: Muhamed Dolmusch (Turkmene), Ferhad (Kurde), Faruk Maschi (Araber), Muhamed Tarik, (Tscherkesse), Hasan Muslim (Kurde), Emine Bozyigit (Turkmenin)  
Foto: Ercan Ayboga

feldern vor der Stadt im Ganzkörperschador arbeiten mussten. Eine eigens gegründete IS-Frauenmiliz überwachte die Einhaltung des religiösen Wahns. In dem Frauengefängnis wurde gefoltert. Sozdar Xalit, die kurdische Ko-Vorsitzende des Zivilrates, erzählt von einem Platz, wo Frauen gesteinigt wurden. Heute wächst dort ein Baumsprössling heran.

Musik, Tanz, Rauchen und Internet seien strengstens verboten gewesen, erzählt mir später der Kioskbesitzer Mahmud. Ich kaufe Wasser bei ihm ein, wir kommen ins Gespräch. Einmal sei er nur wegen einem Handyanruf fast inhaftiert worden. Die wirtschaftliche Lage unter dem IS war sehr schlecht. Brot und Diesel wurden für viele unerschwinglich. Heute kosten sie etwa sechsmal mal weniger, übrigens so günstig wie sonst nirgends in Syrien. »Die besten Lebensmittel behielten die IS-Kämpfer für sich, denn sie seien ja angeblich die »Soldaten

Gottes« gewesen.« meinte der Turkmene Muhamed Dolmusch.

Der arabische Ko-Vorsitzende des Zivilrates, Faruk Maschi, betont mit seiner tiefen Stimme: »Die Befreiung durch den SDF war wie der Übergang aus der Hölle ins Paradies.« Auf die Frage, ob wohl alle so denken, entgegnet er, dass am Ende gerade noch 10 Prozent der Bevölkerung den IS unterstützten. »Laufen Sie selbst alleine herum und fragen Sie wahllos Menschen. Sie werden kaum jemanden treffen, der mit der jetzigen politischen Entwicklung unzufrieden ist.«

Am nächsten Tag laufe ich durch den gut besuchten Basar. Ich entdecke wieder eine Leichtigkeit in den Gesichtern der Menschen. Die Araberin Leyla, Mitarbeiterin im neuen Wirtschaftskomitee, erläutert, dass jetzt auch zehntausende Araber aus anderen Regionen Syriens nach Minbiç kämen. Als sie merkt, dass ich sehr erstaunt bin, erklärt sie: »Unsere

Freiheit zieht die Menschen an. Das Leben verbessert sich hier wieder und niemand wird verfolgt.«

Als ich wieder mehrere Mitglieder des Zivilrates treffe, frage ich sie, wie sie denn die Rolle der Kurden in Minbiç und die von Abdullah Öcalan, dem in der Türkei inhaftierten PKK Vorsitzenden, bewerten. Emine Bozyigit nimmt das Wort: »Was wir von den Kurd\*innen in letzter Zeit alles hörten, ist für uns so ganz neu und aufregend. Wir bauen nun gemeinsam das Neue auf.« Sie würdigen die Rolle der Kurden, die sich vom Nationalismus verabschiedet haben. Der bis dahin schweigsame Tscherkese Muhamed Tarik betont, dass aufgrund der positiven Entwicklung die meisten der in die Türkei geflüchteten Tscherkessen nach Minbiç zurückkehren wollen.

Zuletzt frage ich Faruk Maschi nach den kürzlichen Angriffen der Türkei gegen Dörfer in der Umgebung von Minbiç: »Wir sind von der türkischen

Regierung sehr enttäuscht. Sie hat uns Unrecht getan, als sie den IS unterstützte. Sie sollte sich selbst ein Bild von Minbiç machen. Denn wir haben den gesellschaftlichen Frieden und Konsens hergestellt. «Selbst ich, der die Rolle der Kurd\*innen in Nordsyrien von Anfang an konstruktiv gesehen habe, bin von der positiven Stimmung in Minbiç positiv überrascht. Es gibt nämlich durchaus vom IS befreite mehrheitlich arabische Orte, wo es spürbare Vorbehalte gibt. Dies stellte ich eine Woche zuvor in Al Hol fest.

Im Januar diesen Jahres wurde die »Demokratischen Föderation Nordsyrien« gegründet. Auch Delegierte aus Minbiç nahmen an der Gründung teil. Der politische Kern des Projektes ist die direktdemokratische Selbstverwaltung. Dieses multikulturelle Modell stellt eine tragfähige Alternative dar zum repressiven Assad-Regime und zu den anderen islamistisch-nationalistischen Gruppen.

INTERVIEW MIT ERCAN AYBOGA

## Multikulti in Minbiç



▲ Günstiges Brot durch instandgesetzte Bäckerei in Minbiç Foto: Ercan Ayboga

Der kurdische Aktivist Ercan Ayboga besuchte im April diesen Jahres die vom IS befreite Stadt Minbiç in Nordsyrien. Er ist Mitautor des Buches »Revolution in Rojava«.

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Ist in Minbiç eine Mitmach-Rätestruktur wie in Rojava entstanden?

Noch vor der Befreiungsoperation, die Ende Mai 2016 begann, wurde der »Zivilrat Minbiç« ins Leben gerufen. 43 Personen aus der Stadt und den umliegenden Dörfern kamen zusammen und bildeten die neue demokratische Vertretung. Nach der Befreiung im August 2016 wurden etappenweise erst mal die Kommissionen des Zivilrates gegründet, damit der Übergang ohne Chaos bewerkstelligt werden konnte. Im Januar 2017 erweiterte sich der Zivilrat in einen exekutiven und legisla-

tiven Arm. Etwa 40 Prozent der Mitglieder sind Frauen, was für die Araber\*innen (weniger für Turkmen\*innen und Tscherkess\*innen) anfangs eine sehr große Herausforderung war.

Doch wurde nicht lange gewartet, in den Stadtquartieren und in den größeren Dörfern sogenannte Volksräte aufzubauen. Dabei wurde die Räte-Praxis aus den drei Rojava-Kantonen übernommen. Dieser Prozess ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Auf diese Weise kommen die Bewohner\*innen regelmäßig zusammen und übernehmen nach und nach die sie betreffenden gesellschaftlichen Aufgaben. In den kommenden Monaten soll der vergrößerte legislative Rat so umstrukturiert werden, dass seine 140 Mitglieder aus Delegiert\*innen zunehmend aus den Volksräten kommen. In diesem Rat sollen die Berufsgruppen, wie auch die politischen Gruppen vertreten sein.

Sind die verschiedenen Ethnien alle beteiligt?

Rund 80 Prozent der Bevölkerung von Minbiç ist Arabisch, was sich auch in den neuen demokratischen Strukturen widerspiegelt. Die Kurd\*innen (15 Prozent), als auch die Turkmen\*innen und Tscherkess\*innen (zusammen 5 Prozent) sind ebenso vertreten, so dass auch ihre Interessen berücksichtigt sind. Die

Ko-Vorsitzende des exekutiven und legislativen Rates ist jeweils eine kurdische Frau. Wichtig ist vor allem das demokratische Grundverständnis aller Gruppen und ein offener Dialog, wodurch Vertrauen geschaffen wird.

Der Rat von Minbiç ist noch provisorisch. Sind Wahlen in Sicht?

Der Exekutive und Legislative der »Demokratischen Selbstverwaltung von Minbiç« wurde noch nicht in allgemeinen Wahlen bestimmt. Es wurde geschaut, dass jede der ethnischen und sozialen Gruppen, insbesondere die Frauen, deutlich vertreten sind. Auch die etwa 60 arabischen Stämme sind in gewissem Maße darin vertreten. Es gibt keine Ausgrenzung, das wird als Stärke gesehen. Die Entscheidungen werden fast immer mit großer Mehrheit oder gar im Konsens getroffen. Entsprechend der Idee des Demokratischen Konföderalismus wird ein Ausgleich zwischen allen Gruppen der Gesellschaft angestrebt. Wahlen zu organisieren ist in Minbiç zur Zeit auch noch sehr aufwendig, es gibt nicht einmal ein Register der Bevölkerung. Es wird wohl noch ein oder zwei Jahren dauern, bis Wahlen stattfinden werden. Wegen der ausgewogenen Zusammensetzung des Zivilrates hat bisher auch niemand Wahlen eingefordert. Erst mal will wohl jede/r ein Stück weit selbst bei der Verwaltung

der Gemeinde mitmachen. Ein ganz neues Lebensgefühl nach mehr als zwei Jahren IS-Faschismus.

Hinzuzufügen ist, dass Minbiç eine sehr große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen hat. Die letzten Zahlen sind so bei 170.000! Migrant\*innen. Sie sind teils in den 20 kleineren Lagern untergebracht, doch die meisten leben mit in den Dörfern. Das ist ein gewaltiges Problem, was gestemmt werden muss.

Dann gab es auch immer wieder Angriffe der von der Türkei kontrollierten reaktionären Gruppen wie Al Bab und Jarablus. Die Verteidigung benötigt einen beträchtlichen Teil der Ressourcen. Da aber Minbiç wirtschaftlich recht gut aufgestellt ist, ist dies zumindest verschmerzbar.

## Lesenswertes

Ein längeres Interview von Ercan Ayboga mit Mitgliedern des Zivilrates in Minbiç erschien in »Kurdistan-Report«, Nr. 191, Mai/Juni 2017 ([http://kurdistan-report.de/images/pdf/191\\_pdf.pdf](http://kurdistan-report.de/images/pdf/191_pdf.pdf))

Anja Flach / Ercan Ayboga / Michael Knapp (2015): Revolution in Rojava - Frauenbewegung und Kommunismus zwischen Krieg und Embargo, VSA-Verlag, 352 Seiten, 19,80 Euro als freies PDF zugänglich unter: <http://www.rosalux.de/publication/41353>

ANZEIGEN



**iz3w** ◀

**Keine Freiheit im Paradies –  
Tourismus & Migration**

Außerdem: Handel mit Klimazielen |  
Tragödie in Kaschmir | Versöhnung in  
Sri Lanka

52 Seiten, € 5,30

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

FEARLESS CITIES: KONFERENZ IN BARCELONA IM JUNI 2017

# Rebellische Städte gegen Rassismus und Patriarchat

Die Idee des Munizipalismus wird zur Praxis: Soziale Bewegungen erobern die Rathäuser und versuchen dort eine Politik zu machen, die sich in klarer Abgrenzung von Trumpismus und Brexit, Rechtsruck, Rassismus und zunehmender sozialer Ungleichheit an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert. Die Konferenz in Barcelona war der Beginn eines globalen Netzwerks dieser furchtlosen und rebellischen Städte.

ELISABETH VOSS

Vom 9. bis 11. Juni 2017 kamen in Barcelona 700 Menschen aus 180 Städten in 50 verschiedenen Ländern zur Konferenz »Fearless Cities« zusammen. In einer Welt, in der autoritäre staatliche Politik versagt, wollen furchtlose und rebellische Städte die Verantwortung für ihre Lebensverhältnisse selbst in die Hand nehmen. Sie verteidigen Menschenrechte, Demokratie und Gemeingüter, denn »Demokratie ist aus der lokalen Ebene geboren, und dort können wir sie wieder zurückgewinnen.« Dieser neue Munizipalismus strebt eine Verbindung von sozialen Bewegungen mit politischen Institutionen an. Die Intention der Konferenz: »Angesichts von Hass, Mauern und Grenzen, wollen wir globale Netzwerke der Solidarität und Hoffnung zwischen Rathäusern und Bürger\*innen aufbauen.« Eingeladen hatte Barcelona en Comú, die aktivistische, basisdemokratisch ausgerichtete Plattform, die 2015 die Kommunalwahl in Barcelona gewonnen hat. Mit Ada Colau stellt sie eine Bürgermeisterin, die aus der Recht-auf-Wohnen-Bewegung kommt.

Grundlage des Munizipalismus sind starke soziale Bewegungen, der Austausch und die persönlichen Beziehungen in den Nachbarschaften. Auch und gerade dann, wenn – wie in Barcelona – die Stadt-Regierung übernommen werden kann, ist diese Basis weiterhin unabdingbar notwendig um sicherzustellen, dass sich in der Politik nicht über kurz oder lang doch wieder überwiegend abgehobene und selbstsüchtige Karrierist\*innen an den Trümpfen der Macht tummeln. So war ein Thema der Konferenz die Korruption, und wie ihr mit Transparenz und Kontrolle entgegen gewirkt werden kann.

Von den Veranstalter\*innen wurde vehement betont, dass es um eine Feminisierung der Politik geht, und so war es folgerichtig – und doch für eine solche Konferenz außerordentlich bemerkenswert – dass kein einziges Panel männlich dominiert war. Von 83 Referent\*innen waren 52 weiblich und 31 männlich. Jedoch war der Stil der Veranstaltungen ganz überwiegend patriarchal-frontal gehalten, was noch dadurch verschärft wurde, dass die Vielsprachigkeit – Konferenzsprachen waren Englisch und Spanisch – große Konzentration erforderte, und sehr viele Referierende nacheinander auf den Podien sprachen.

## Eine kleine Auswahl

Das Programm war prall gefüllt. Der Eröffnungsabend fand auf einem öffentlichen Platz, der Plaça dels Àngels vor dem Museum MACBA, statt. Dort sprachen die Bürgermeister\*innen und Stadträt\*innen, nicht nur aus etlichen spanischen Städten, in denen Plattformen die Regierung stellen, sondern zum Beispiel auch aus Grenoble (Frankreich), Neapel (Italien) und der Region Attica (Griechenland), aus Berkley (Kalifornien), Vancouver (Kanada), Rosario (Argentinien) und Belo Horizonte (Brasilien).



▲ Abschluss der Konferenz »Fearless Cities« in Barcelona am Sonntagmittag

Foto: Elisabeth Voß

Die Veranstaltungen an den beiden folgenden Tagen fanden in der Universität statt, unter anderem zu »Municipalism for Dummies«, Urban Commons, Mobilität, Wohnen, und zu vielen Aspekten munizipalistischer Plattformen. Die Journalistin Debbie Bookchin betonte, dass ökologische Probleme letztlich soziale Probleme seien, und nicht gelöst werden könnten, wenn nicht die Frage der Hierarchie gelöst würde. Zur Überwindung des Neoliberalismus sei eine egalitäre Gesellschaft notwendig. Sie knüpfte damit an die Arbeit ihres 2006 verstorbenen Vaters Murray Bookchin an. Der US-amerikanische Autor entwickelte mit seinem Konzept des Kommunalismus Ideen für eine selbstorganisierte Gesellschaft auf der Basis von gemeinschaftlichem Wirtschaften und neuen munizipalistischen Formen von Politik. Auch der Demokratische Konföderalismus der autonomen Kurdischen Region Rojava in Nordsyrien beruft sich auf Bookchin. Aus Rojava war Sinam Mohamad vertreten, die berichtete, wie es unter den erschwerten Bedingungen von Kämpfen und Gewalt doch gelingt, eine solidarische, multi-ethnische und multi-religiöse Gesellschaft aufzubauen, die sie dort als weibliche Revolution bezeichnen.

Ein politischer Skandal begleitete die Konferenz, als bekannt wurde, dass der spanische Staat der stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Regionen (DBP) Kurdistan, Emine Özmen, die Einreise versagt hatte. Sie hätte als Referentin in einem Workshop über den Aufbau munizipalistischer Plattformen sprechen sollen. Dieser Vorfall zeigt eine Grenze globaler Vernetzung auf der Basis städtischer Selbstorganisation auf, denn die Staatsmacht besteht ja weiter.

Kali Akuno von der Cooperation Jackson in Mississippi berichtete über dieses Netzwerk Solidarischer Ökonomie, das aus einer Initiative von Afrikaner\*innen in Amerika entstanden

ist. Aus Hong Kong sprach Ivan Lam Long-Yin von der neuen Partei Demosisto, die aus der Protestbewegung von Schüler\*innen und Studierenden gegründet wurde. Sie wendet sich gegen die politischen und ökonomischen Vormachtansprüche Chinas.

Die Ökofeministin Yayo Herrero klagte leidenschaftlich die extraktivistische Ausbeutungsökonomie an und betonte die Notwendigkeit einer Wirtschaft jenseits von Kapital und Patriarchat. Dafür erntete sie Standing Ovations, ebenso wie Vandana Shiva, die dazu aufrief, endlich den Krieg gegen die Natur zu beenden.

## Munizipalistische Bewegungen in Deutschland?

Munizipalismus im engeren Sinne meint soziale Bewegungen, die anstreben, die Rathäuser zu übernehmen. Daher empfiehlt Barcelona en Comú in einem Leitfaden zum Aufbau munizipalistischer Plattformen, dass es in jeder Stadt nur eine solche Plattform geben sollte. Für einen Überblick über die weltweite Bewegung gibt es auf der Fearless-Cities-Website eine Google-Map, die der globalen Vernetzung dienen soll. Bislang wurden nur die Herkunftsorte der Konferenz-Teilnehmenden eingetragen, für Deutschland sind das Berlin und Frankfurt, ohne weitere Informationen.

In einer Rundmail nach der Konferenz luden die Veranstalter\*innen ein, ihnen Informationen über munizipalistische Bewegungen zu schicken, die in Regierungsverantwortung, in der Opposition, im Wahlkampf, oder außerhalb der Institutionen arbeiten. Diese sollen gemeinsame Ziele teilen: »Garantie der Grundrechte, Schutz der Commons, Politik feminisieren, Korruption beenden, Ungleichheit reduzieren, Demokratie radikalisieren ...«, ebenso wie gemeinsame Arbeitsweisen: »lokal autonom, offen, geführt durch Bürger\*innen, horizontal und partizipatorisch«. Die Konferenz-Gruppe will diese Meldungen

prüfen und in die Karte aufnehmen, weist jedoch darauf hin, dass sie die Aufnahme in die Map nicht garantieren kann. Hilfreich sei es, Referenzen von anderen Bewegungen beizufügen. Diese Überprüfung und gegenseitige Referenzierung ist sicherlich hilfreich, um das Mapping nicht für selbsternannte Heilsbringer, Splittergruppen oder kommerziell ausgerichtete Gruppen zu öffnen. Welche Bewegungen aufgenommen werden, kann mit Spannung erwartet werden.

So gibt es zum Beispiel in Berlin zahlreiche stadtpolitische Initiativen und Gruppen, von einer großen munizipalistischen Bewegung kann jedoch nicht die Rede sein, Vernetzungsmaßnahmen gestalten sich ausgesprochen schwierig. Zwei Referenten aus Berlin waren in Barcelona vertreten. Der kurzzeitige Staatssekretär für Bauen und Wohnen, Andrej Holm, der seine Tätigkeit an der Humboldt-Universität nun zwecks Beratung der rot-rot-grünen Landesregierung unterbrochen hat, berichtete über die Wohnungssituation und Wohnungspolitik in Berlin. Daniel Gutiérrez von der Interventionistischen Linken (IL), die eine treibende Kraft im Bündnis Solidarity City Berlin ist, stellte unter anderem das Vorhaben eines Anonymen Krankenscheins für Illegalisierte vor, für dessen Einführung sie sich beim Senat einsetzen (mehr zu Solidarity City im Beitrag »Solidarische Verschwiegenheit und furchtlose Partizipation« von deren Osnabrücker Gruppe in CONTRASTE 394/395). Im Rückblick auf die Konferenz stellt Daniel fest: »Fearless Cities hat eine unglaubliche Gelegenheit geboten, sich mit anderen Aktivist\*innen und Organiser\*innen über die Möglichkeiten und Grenzen des Arbeitens auf kommunaler Ebene auszutauschen. Angesichts der kritischen politischen Umstände – auf globaler Ebene – ist es notwendig, alle möglichen Wege zu erforschen. Die Bewährungsprobe für munizipalistische Bewegungen liegt in ihrer Fähigkeit, sich zu etwas

zu verbinden, das mehr ist als die Summe seiner Teile. Fearless Cities war ein Schritt in diese Richtung.«

Auch VertreterInnen der Berliner Initiative Stadt von Unten waren als Teilnehmende bei der Konferenz vertreten. Im September 2015 gelang es der Initiative (damals noch als Bündnis organisiert), in Kooperation mit Senat und Bezirksamt die Privatisierung des 4,7 Hektar großen sogenannten Dragonerareals – eines ehemaligen Kasernengrundstücks in bester Kreuzberger Innenstadtlage – zu verhindern. Solidarity City Berlin und Stadt von Unten sind zwei wichtige Akteure in der stadtpolitischen Landschaft Berlins, jedoch bei weitem nicht die einzigen.

## Selbstorganisation in Wirtschaft und Gesellschaft?

Am gleichen Wochenende wie die Fearless Cities Konferenz in Barcelona, fand in Athen der 4. Europäische Solidarische Ökonomie Kongress UNIVERSSE statt, organisiert von Ripess Europe, das zum Interkontinentalen Netzwerk zur Förderung der Sozialen Solidarischen Ökonomie RIPESS gehört (RIPESS = Réseau intercontinental de promotion de l'économie sociale solidaire). Dort wurde unter anderem ein Commons-Festival vom 7. bis 9. Oktober 2017 verabredet, sowie weitere Vernetzung und Zusammenarbeit.

Für eine globale Transformation von unten wäre es hilfreich und notwendig, wenn beide Bewegungen – die munizipalistische und die solidarökonomische – zusammen fänden, gemeinsam kämpfen und sich gemeinsam organisieren würden, so wie dies auf lokaler Ebene teilweise bereits geschieht.

Konferenzwebsite: <http://fearlesscities.com> und Video-Mitschnitte (Kurzlink): <http://bit.ly/2ueyt15>  
Stadtpolitische Gruppen aus Berlin, zum Beispiel: <http://solidarity-city-berlin.org> und <https://stadt-vonunten.de>

UMSETZUNG DES MARCORAGESETZ DURCH DIE COOPERAZIONE FINANZA IMPRESA (CFI)

# Institutionalisierte Belegschaftsübernahmen



▲ Durch die Förderung und Unterstützung der CFI heißt es bei der Flussschiffwerft »Cantiere Navale Polesano« bei Rovigo an der Mündung des Po schon lange »Schiff, Ahoi!« statt »Land unter.«

Foto: Elisabeth Meyer-Renschhausen

**Alessandro Viola ist Wirtschaftsprüfer und arbeitet seit 2003 für die Cooperazione Finanza Impresa (CFI). Die Genossenschaft setzt das italienische Genossenschaftsgesetz, das sogenannte Marcora-Gesetz um. Seit seiner Einführung 1986 durch den damaligen Minister Marcora diente es dem Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung dazu, Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit zu schützen. Musste ein Unternehmen Insolvenz anmelden, gab es die Möglichkeit, bei Vorlage eines guten Wirtschaftsplanes eine Belegschaftsübernahme mit Unterstützung des Ministeriums zu machen und das Unternehmen in eine Genossenschaft umzuwandeln. Organisation, Herausforderungen und Aufgaben haben sich verändert, darüber sprach Alessandro Viola mit Contraste**

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Wie ist die CFI organisiert?

Die CFI ist unabhängig. Wir haben einen Vorstand. Der Staat ist im Vorstand mit vertreten. Und die Mitgliederversammlung hat 301 Stimmen, eine Stimme ist der Staat und 300 sind von den Genossenschaften. Wenn wir Dinge machen, die der Staat nicht unterstützt, dann kann er austreten. Aber dann müssten wir 80 Millionen Euro zurückzahlen. Der Staat hat zwar nur eine Stimme, aber eine gewichtige. Aber der Staat kümmert sich nicht um die Details. Wir können im Rahmen des Marcora-Gesetzes frei entscheiden, aber wir können nur Genossenschaften unterstützen und keine anderen Unternehmungen. Es gibt also Grenzen.

**Die Europäische Union hat das ursprüngliche Marcora-Gesetz untersagt, welche Unterschiede gibt es?**

Im Grunde gab es eine CFI von 1986 bis 2003 und eine andere von 2003 bis heute. Der Hauptunterschied ist der, dass bis 2003 die CFI-Gelder des Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung verwaltet hat. Es musste ein Businessplan vorgelegt werden, der sowohl von der CFI, als auch vom Ministerium geprüft wurde. Dann hat die CFI die Gelder bekommen und hat es dann wiederum in der Genossenschaft investiert. Bis 2003 waren nach bestimmten Kriterien die Ressourcen unbegrenzt, die man bekommen konnte.

Nach 2003 ist dieses Ministerium Investor beim CFI geworden. Sie sind Shareholder und investierten 80

Millionen Euro und 20 Millionen Euro sind Reserve. Das ist ein rotierendes Kapital, weil wir es immer wieder für neue Projekte verwenden. Die Genossenschaften sparen Zeit, da sie keine Anträge mehr an das Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung stellen müssen. Der Vorstand der CFI entscheidet direkt. Vorher war mehr Zeit für die Abstimmung notwendig. Jetzt kann man schneller eingreifen. Die Ressourcen sind allerdings auf diese 80 Millionen begrenzt.

Es ist jetzt weniger im Sinne von Subventionen oder Hilfe. Es ist jetzt unternehmerischer. Noch eine Neuigkeit besteht darin, dass wir vor 2003 nur Belegschaftsübernahmen finanziert haben und ab 2003 auch andere Genossenschaftsgründungen. Wir können heute nicht nur Produktivgenossenschaften finanzieren, sondern auch Sozialgenossenschaften. Das ist auch neu.

**Gab es eine Verlagerung von Belegschaftsübernahmen zu Sozialgenossenschaften?**

Von 2003 bis 2010 haben wir keine Belegschaftsübernahmen unterstützt, weil die italienische Wirtschaft einigermaßen funktionierte, mit Schulden, aber funktionierte. In diesen Jahren haben wir bereits bestehende Produktivgenossenschaften gefördert und Sozialgenossenschaften. Seit 2011 sind wieder 54 Belegschaftsübernahmen hinzugekommen.

**Für die neue CFI sind nicht nur die Mittel, sondern die maximale Teilnehmerzahl wurde auf 250 begrenzt. Musstet ihr je eine Genossenschaftsgründungen wegen ihrer Größe ablehnen?**

Es ist kompliziert, durchschnittlich haben die Belegschaftsübernahmen, die wir unterstützen 30 Personen. Eine Belegschaftsübernahme mit 250 Personen ist sehr sehr kompliziert. Hier können wir tatsächlich nur für kleinere und mittlere Unternehmen aktiv werden. Die Grenze schafft ein Problem mit den Sozialgenossenschaften. Die Personalkosten in einer Sozialgenossenschaft liegen etwa bei 80 Prozent, manchmal sogar 90. In einer Produktivgenossenschaft sind es hingegen etwa 30 Prozent. Eine Sozialgenossenschaft, die 250 Mitglieder hat, schau, wenn 1 Mitglied 30.000 oder 35.000 Euro im Jahr an Gehalt ausbezahlt bekommt, dann sind das bei einer Sozialgenossenschaft bei 250 Personen 8,5 Millionen Euro

Kosten im Jahr. Dann müsste die Genossenschaft einen Umsatz von 10 Millionen im Jahr haben, um das finanzieren zu können. Eine solche Sozialgenossenschaft ist ein kleines oder mittleres Unternehmen vom Umsatz her, weil das meiste ans Personal geht. Für bestimmte Sozialgenossenschaften müsste das Kriterium, dass sie maximal 250 Mitglieder haben dürfen geändert werden. In der Industrie ist ein Unternehmen mit 250 Mitarbeitern bei einem Umsatz von etwa 54 oder 60 Millionen. Die Größe eines Unternehmens definiert sich zwar durch die Anzahl der Mitarbeiter, aber auch durch die Höhe des Umsatzes. Mit 10 Millionen Euro Umsatz ist das Unternehmen noch ein kleines Unternehmen. Die Grenze liegt hier bei 15 Millionen Euro. Die Sozialgenossenschaften neigen, dazu viele Mitglieder zu haben. Man kann sie nicht teilen, das wäre eine Fiktion, aber das ist nicht unser Hauptproblem. Bei den Belegschaftsübernahmen ist es nie ein Problem. Bei den Sozialgenossenschaften in manchen Fällen, wenn sie 15, 20 oder 25 Millionen umsetzen, dann ist das relativ groß. Wenn man größer ist, hat man mehr Verhandlungsmacht gegenüber der öffentlichen Hand und man kann den Preis verteidigen. Wir würden gerne auch diesen größeren Sozialgenossenschaften Geld leihen, aber wir dürfen nicht. Bei einem Umsatz von 20 Millionen sind es schon 500 Mitglieder. Durch diese Grenze kann die CFI nichts machen, bei Sozialgenossenschaften, die 20 Millionen Umsatz machen. Sie haben zu viele Mitglieder. Und das sind keine großen Unternehmen. Sozialgenossenschaften vom Typ B mit Personen mit Behinderung oder anderen Schwierigkeiten, die unterstützt werden sollen, um wieder auf den Arbeitsmarkt kommen zu können, da ist diese Grenze wirklich schädlich.

**Beutet die öffentliche Hand, also die Kommunen die Sozialgenossenschaften aus?**

Das ist nicht ganz so, hier ist Vorsicht geboten, die Kommunen haben wenig Geld, sie müssen eine Dienstleistung erbringen, ihr Ziel ist es diese Dienstleistung mit dem möglichst niedrigsten Preis zu erbringen. Sie sind selber arm. Der Unternehmer sagt nein, die Sozialgenossenschaft sagt vielleicht ja. Ich würde nicht sagen, dass die Kommunen die Sozialgenossenschaften ausbeuten. Das ist nicht so, das ist falsch. Es ist nicht leicht sich gegen niedrige Prei-

se zu verteidigen, weil wenn ich eine Firma habe, die effizienter ist und eine Dienstleistung zu niedrigeren Preisen erbringen kann, gilt das auch für die Sozialgenossenschaften. Wenn die zu teuer ist muss die Kommune die andere Firma nehmen. Wenn die Kommune eine Ausschreibung macht, können in der Ausschreibung andere Bedingungen drin stehen, als nur der Preis. Dass die Arbeit erbracht wird von Personen, die in der Kommune wohnen. Es gibt schon Ausschreibungen, bei denen die Sozialgenossenschaften durch die Art der Ausschreibung bevorzugt werden. Trotz allem hat das aber Grenzen und das sind die ökonomischen. Die Kommunen sind hier nicht die Bösen. Sie sind vielleicht unerfahren oder wollen nicht zu viele neue Sachen. Es gibt sehr gute Kommunen.

**Du hast gesagt, dass die Sozialgenossenschaften nicht euer größtes Problem sind.**

Hier gerade jetzt haben wir ein großes Problem, weil wir keine größeren Belegschaftsübernahmen in Angriff nehmen können. Die CFI ist dafür zu klein und man muss auch sagen, dass wir nicht die Erfahrung haben, um das zu machen. Das haben wir nie gemacht in unserer Geschichte. Es gab einen Fall, ich kann mich erinnern, das war eine Werft, das war eine große Sache, noch bevor die EU die Veränderung eingeführt hat. Für die CFI heute ist es besser kleine, regional verankerte Belegschaftsübernahmen zu machen. Außerdem gibt es bei großen Belegschaftsübernahmen Probleme mit der Demokratie im Unternehmen. Wir denken trotzdem in die Richtung, aber wir können das nicht machen, weil wir nicht genug Geld für so was haben. Und vielleicht haben wir auch nicht die interne Kompetenz. Wir können aber mit anderen Unternehmen zusammenarbeiten. Die Erfahrung kommt eben, wenn man es macht. Man müsste damit anfangen.



▲ BU: Mitarbeiter der Werft-Genossenschaft. Die Bilder entstanden während einer Studienreise 2009.

Foto: Elisabeth Meyer-Renschhausen

## Die CFI - Cooperazione Finanza Impresa (Kooperation, Finanz, Unternehmen)

Die CFI wurde 1986, nach Inkrafttreten des Marcora Gesetzes, gegründet, mit dem Ziel, die nach dem Gesetz gegründeten Genossenschaften durch Risikokapitalbeteiligung zu unterstützen. Sie wurde von 300 Produktivgenossenschaften gegründet, die den drei wichtigsten italienischen Genossenschaftsverbänden angehören: AGCI, Confcooperative und Legacoop.

Die CFI beteiligt sich am Unternehmerrisiko, ermöglicht Investitionen, begleitet die Geschäftsführung längerfristig und aus der Nähe und berät bei strategischen und operativen Entscheidungen. In den ersten 15 Jahren ihrer Aktivität investierte sie ca. 80 Millionen Euro in das Risikokapital von 159 Produktionsgenossenschaften, die von der Belegschaft von insolventen Betrieben gegründet wurden. Auf diese Weise hat sie die Entstehung von insgesamt ca. 6.000 längerfristig angelegten Arbeitsplätzen ermöglicht. 1996 meldete die Europäische Union »Ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit dieser Beihilfen mit dem Binnenmarkt«, weil das Gesetz »weder den Richtlinien der Arbeitsmarktförderung noch den Beihilfen zur Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten« entspräche. Die EU suspendierte deshalb 1996 die Anwendung des Marcora-Gesetzes. Die EU beanstandete, dass der italienische Staat der CFI Gelder à fond perdu vergab, mit dem sich die CFI an den Genossenschaften beteiligte. Es handelte sich allerdings um die Sozialversicherungsleistungen, auf welche die Beschäftigten Anspruch gehabt hatten, wenn sie arbeitslos geworden wären. Mit diesem Geld wurden stattdessen die Arbeitsplätze gerettet und der Staat hatte nur Vorteile, weil das Weiterbestehen der Unternehmen Steuereinnahmen generierte und die Sozialkassen entlastete, weil auch die Mitglieder von Produktivgenossenschaften Sozialbeiträge bezahlten.

Quelle: Giuliana Giorgi: **Genossenschaftliche Selbsthilfe in Krisenzeiten: Ein Beispiel aus Italien: das Marcora Gesetz.**  
Kostenlos heruntergeladen: <http://www.workerscontrol.net/de/authors/das-marcora-gesetz-italien>

ANZEIGE



**Kollektiv  
Solidarisch  
Ökologisch**

Spendet für die  
Kollektivbaustelle in  
Rojava/ Nordsyrien



[avahi.noblogs.org](http://avahi.noblogs.org)

# ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

VOM G20-ALTERNATIVGIPFEL: INTERVIEW MIT ALBERTO ACOSTA

## Die Gemeinschaft neu erfinden



▲ Alberto Acosta

Foto: Friederike Grabitz

Alberto Acosta Espinosa ist charismatisch. Auf dem G20-Alternativgipfel begeistert er mit seiner Rede über Alternativen zum Kapitalismus das Publikum. Der Politiker, Ökonom und ehemalige Präsidentschaftskandidat ist in seiner Heimat Ecuador eine Gallionsfigur der Linken.

Als ich ihn auf Spanisch um einen Gesprächstermin bitte, antwortet er auf Deutsch: Acosta hat in den 70er Jahren in Köln studiert. Im Interview, das wir in beiden Sprachen führen, bietet er mir zuerst das Du an. Wir sprechen über die Abschottungspolitik der politischen Klassen in Südamerika und Europa, über Gesellschaftsutopien und den Konflikt zwischen Wirtschaft und Ökologie.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

Sie unterstützen den Protest gegen das G20-Treffen. Was ist schlecht daran, wenn die Regierungschefs miteinander sprechen?

Die G20 sind eine durch und durch künstliche Institution ohne demokratische Legitimation, sie vertreten nicht die Interessen der Mehrheit der Menschen.

Die meisten von ihnen sind demokratisch gewählt.

Nicht alle. Und die Entscheidungen, die sie fällen, sind nicht von den jeweiligen Bevölkerungen autorisiert. Sie haben eine Legitimation, aber sie bezieht sich nicht auf einzelne Themen und Entscheidungen und ist vor allem eine Legitimation der mächtigen Klasse, die sie repräsentieren, in der Politik, in der Wirtschaft.

Wie empfinden Sie die Stimmung in Hamburg?

In der ganzen Innenstadt ist das Versammlungsrecht eingeschränkt oder ganz aufgehoben. Die Hamburger, die nicht demonstrieren, verlassen die Stadt. Ist das demokratisch? Das ist die Welt, in der wir leben: Die Berliner Mauer wird wieder aufgebaut, immer wieder, an vielen Orten, um die Festung Europa zu bauen. Sie stabilisieren damit ihre Privilegien.

Privilegien, die auch wirtschaftlich sind.

Ich sehe in allen Ländern die Schere

zwischen Arm und Reich aufgehen: die Armen werden zahlreicher, und die Reichen werden reicher. Das ist vor allem eine Folge der höheren Exporterlöse im Norden und der niedrigeren Preise für primäre Rohstoffe in den südlichen Ländern.

Die meisten Länder des Südens sind abhängig vom Export dieser Rohstoffe. In Ecuador hat Rafael Correa während seiner Präsidentschaft den reichen Ländern vorgeschlagen, dass er Teile des Regenwaldes in Yasuní unter Schutz stellt, wenn sie ihm eine Kompensation für das Öl bezahlen, das dort gefördert werden kann. Am Ende haben nicht genug Länder diese Kompensation bezahlt.

Es hat nicht funktioniert, weil Correa keine klare Strategie hatte. Die Initiative für das Yasuní-Projekt kam auch nicht von ihm, sondern aus Initiativen vor Ort.

Funktioniert die Idee als Konzept für andere Orte, an denen Naturschutz im Konflikt mit wirtschaftlicher Ausbeutung steht?

Natürlich, wir müssen die Welt yasanisieren! Es gibt inzwischen viele gute und schlechte Beispiele für das Modell. Und in Ecuador hat die Ökologie-Bewegung auch viel erreicht: 2008 haben wir die Rechte der Natur in der Verfassung verankert.

Die Kämpfe gehen ja weiter, zum Beispiel um das Öl. Im Norden Ecuadors hat der Ölkonzern Chevron große Regenwaldgebiete verseucht und

wurde vom Gerichtshof für Menschenrechte in Washington auf Entschädigung verklagt. Die Indigenen kämpfen bis heute darum, dass sie zahlen.

Chevron ist nur eine von mehreren Ölgesellschaften, die dort Macht haben. Sie zahlen nicht, denn wenn sie zahlen würden, hätte das eine Signalwirkung für alle anderen: Konzerne müssten für externe Kosten, die sie verursachen, haften. Sie fürchten einen Dammbruch, wenn sie zahlen.

In den 2010ern waren viele Regierungen in Südamerika links. Inzwischen etablieren sich dort, wie auch in Europa und den USA, wieder konservative, neoliberale oder rechte Regierungen.

Es gab im ganzen 21. Jahrhundert keine linke Regierung in Südamerika. Sogar Evo Morales in Bolivien ist weiter vom internationalen Kapital abhängig. Alle diese Regierungen sind abhängig vom Export ins Ausland, und unglaublich machistisch. In Ecuador, Bolivien und Venezuela wurden die sozialen Bewegungen niedergeschlagen, obwohl sie diese Regierungen groß gemacht haben.

Welche Form der politischen Repräsentation wünschen Sie sich?

Demokratie beschränkt sich hier auf Wahlen und Repräsentation. Aber es reicht nicht, die Leute einzubeziehen, man muss die Macht von den Reichen zurückerobert. Ein Vorbild könnte die Basisdemokratie der Schweiz sein oder der Ayllu der Amazonas-Völker, in dem die Gruppe alle wichtigen Fragen im Rat entscheidet und Reprä-

sentanten mit einem klaren Mandat zu dieser Frage ausgestattet sind.

Wie könnte eine alternative Wirtschaftspolitik aussehen?

Wir bräuchten Steuersysteme, die gerecht für die Armen sind, und einen Gerichtshof für Menschenrechte, der mit echter Macht ausgestattet ist. Außerdem braucht es ein Gericht für die Interessen der Natur, des Planeten, ein Naturtribunal.

Gibt es Pläne, so etwas zu etablieren?

Wir arbeiten daran mit Menschen aus der ganzen Welt. Es ist noch ein langer Weg, aber es wird ihn geben, ja. Im November treffen sich in Bonn Gruppen, die einen Gerichtshof für die Zivilgesellschaft planen.

Wie sieht Ihre Vision für die Zivilgesellschaft aus?

Der Kampf geht weiter. Er muss radikal werden, aber demokratisch und ohne Waffen. Er fängt zu Hause an, in der Familie, im Betrieb, in der Kommune. Der Staat, die Wirtschaftselite können diesen Prozess nicht von oben leiten, sondern wir müssen ihn von unten umsetzen. Der Weg geht über die Gemeinschaft, die wir neu erfinden und entwickeln müssen.

Jenseits der innenpolitischen Auseinandersetzungen, die den G20-Gipfel begleiteten, gibt es internationale Akteure für eine solidarische Gesellschaft, die für viele Aktivist\*innen wichtig sind. Friederike Grabitz interviewte für *Contraste* zwei von ihnen: Alberto Acosta und Vandana Shiva. Das Interview mit Vandana Shiva folgt in der Oktoberausgabe der *Contraste*.

## REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

### Gefährdhaftung und unendliche Gewahrsamslänge

Die alte Schutzhaft der Nazis kommt Schritt für Schritt wieder. Nach 1945 wurde sie abgeschafft, weil 1933 genau die Möglichkeit, Menschen präventiv wegzuschließen, zur weitgehenden Auslöschung der Opposition und damit zur weiteren Machtergreifung Hitlers führte. Doch seit den 1980er Jahren schleicht sie sich erneut in die politische Praxis ein. In den letzten Monaten nahm die Restaurierung des autoritären Staates nun neue Fahrt auf. Das Land Bayern verlängerte den Vorbeugegewahrsam auf eine unendliche Dauer, das heißt Menschen können nun beliebig lange festgehalten werden, ohne dass sie etwas Verbotenes getan haben. Für Nichtdeutsche wurde auf Bundesebene die Bestrafung von Gefährdern eingeführt – also auch hier gilt das Prinzip: Der Staat bestraft eine mögliche Handlung, keine reale. Der Journalist Franz-Josef Hanke hat auf seinem Blog exakt analysiert, was für Folgen die Definition von »Gefährdern« für Folgen für den Rechtsstaat hat: <https://fjhm.wordpress.com/2017/07/21/gefährder-hinter-gitter-zugrundeliegender-täterunwert-ist-nazi-ideologie>.

### Richter in Nienburg sperrt Angeklagten ein, weil dieser Anträge stellen will

Am 27.7.2017 fand im Amtsgericht Nienburg der erste Prozesstag gegen einen Aktivisten statt, dem vorgeworfen wird, an einer Blockade

der Schlachtfabrik in Wietzen-Holte beteiligt gewesen zu sein. In seiner Einlassung vor Gericht thematisierte er die Gewalt der Fleischindustrie und der Justiz, wenig später bekam er diese selbst zu spüren. Der Tag hatte bereits mit massiven Kontrollen und Schikanen am Eingang des Gerichtsgebäudes, unter anderem durch eine mobile Einsatzgruppe, ziviler Kriminalpolizei und anderen Uniformierten, begonnen. Dann folgte das persönliche Anblaffen der Zuschauer\*innen durch Richter Förtsch. Gut die Hälfte des Publikums wurde wegen Kleinigkeiten (Reden, Husten, Kopfbedeckung) aus dem Saal entfernt. Als auch die beantragten Verteidiger nicht zugelassen wurden, wollte der Angeklagte Befangenheitsanträge stellen. Richter Förtsch verhinderte das, durch die Anordnung, dass der Angeklagte den Gerichtssaal zu verlassen habe. Der Prozess sollte – was in Deutschland nur in extremen Ausnahmen erlaubt ist – ohne den Angeklagten laufen. Kurz danach verhängte er zusätzlich vier Tage Ordnungshaft, die der Angeklagte in der JVA Vechta auch tatsächlich verbüßen musste. Die Willkür in Robe zeigte deutlich, zu welchem Ausmaß an Rechtsbeugung sie in der Lage ist.

Mehr Infos auf <http://kampagne-gegen-tierfabriken.info>.

### Anforderungen an Hausdurchsuchungen

In einem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht (Az. 2 BvR 2551/12) die Maßstäbe bekräf-

tigt, die bei der Durchsuchungsanordnung zu beachten sind:

1. Um den mit einer Durchsuchung verbundenen schwerwiegenden Eingriff in die grundrechtlich geschützte räumliche Lebenssphäre des Einzelnen messbar und kontrollierbar zu gestalten, muss der Durchsuchungsbeschluss den Tatvorwurf und die konkreten Beweismittel so beschreiben, dass der äußere Rahmen für die Durchsuchung abgesteckt wird. Der Richter muss die aufzuklärende Straftat, wenn auch kurz, doch so genau umschreiben, wie es nach den Umständen des Einzelfalls möglich ist.
2. Der Schutzbereich des Art. 13 Abs. 1 GG erstreckt sich auch auf juristische Personen des Privatrechts, soweit deren Büro- und Geschäftsräume betroffen sind.
3. Ein Durchsuchungsbeschluss genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht, wenn er keine ausreichend konkreten Angaben zum Tatzeitraum enthält. Dies ist der Fall, wenn in dem Beschluss lediglich ausgeführt ist, es beständen Anhaltspunkte für eine »über Jahre hinweg« betriebene Beihilfe ...

### Erfahrungen mit Selbst- und Laienverteidigung: Widerstandsverfahren eingestellt

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wurde kürzlich vor dem Amtsgericht Köln verhandelt. Diesen sollte die Angeklagte im

Laufe einer Festnahme und Fast-ID (Identifizierung über Fingerabdrücke) geleistet haben. Die Angeklagte verteidigte sich mit Unterstützung eines Laienverteidigers selbst. Obwohl der Verhandlung eine Anklageschrift vorausging, es also die Entscheidung von Staatsanwaltschaft und Richter\*in war, es direkt zur Verhandlung kommen zu lassen, vermittelten beide in der Verhandlung von vornherein den Eindruck, wegen dieser Lappalie keinen großen Aufwand betreiben zu wollen. Die Zulassung des Laienverteidigers als Rechtsbeistand ging unkompliziert über die Bühne. Drei von vier geladenen Polizeizeug\*innen waren vor Ort. Als Angeklagte und Rechtsbeistand bei der Vernehmung des ersten viele Fragen stellten und auf weitere potentielle Beweismittel zu sprechen kamen, unterbrach die Richter\*in für ein Rechtsgespräch zwischen Staatsanwältin, Richter\*in und Rechtsbeistand. Unterbrochen wurde das Angebot, das Verfahren gegen 50 Sozialstunden einzustellen. Alternativ würde ein aufgebautes Verfahren drohen mit Beweismitteln, die die Lage für die Angeklagte schlimmer machen würden. Nach einer kurzen Pause erklärte die Angeklagte, dass sie sich aufgrund des bei weitem nicht geklärten Tatbestandes auf die Einstellung mit Auflagen nicht einlassen könne. Da stellten sich die Drohungen als leer heraus. Die Staatsanwältin sammelte ein paar Gründe zusammen weshalb auch eine Einstellung ohne Auflagen denkbar wäre und fügte noch hinzu, dass es ja wirklich schön

gewesen wäre, wenn die Angeklagte wenigstens ein bisschen Reue gezeigt hätte, die Richter\*in schloss sich an und damit war auch die Angeklagte einverstanden. Fazit: Offensive Verteidigung lohnt sich: [www.prozesstipps.tk](http://www.prozesstipps.tk)

### Geheimdienste - skandalöse Gegenwart, dunkle Vergangenheit

Angesichts immer neuer Skandale um Geheimdienste und ihr Eigenleben ohne Kontrolle lohnt sich ein Blick in die mindestens ebenso dunkle Vergangenheit. Harald Gröhler hat mit »Inside Intelligence« ein Buch geschrieben, das irgendwo zwischen Roman und Reportage angesiedelt ist. Der Aufbau des Nachrichtendienstes in Deutschland und seinen späteren Verstrickungen mit Geheimdiensten anderer Länder mutet dadurch wie ein Krimi an. Wieweit die Abläufe und Dialoge so oder ähnlich stattgefunden haben, lässt sich aus dem Buch selbst nicht eremessen, denn Quellenangaben fehlen. Aber über die Naziwurzeln des BND, der nach Kriegsende und in den kalten Krieg hinein als »Operation Gehlen« systematisch bewährte Russenfeinde aus alten Naziapparaten rekrutierte, ist auch so genügend bekannt. »Inside Intelligence« dürfte der Realität nahe sein – und ist so nicht nur spannend, sondern auch aufklärerisch. Harald Gröhler: *Inside Intelligence*, 2015, Verlag Neuer Weg in Essen, 339 S., 18 Euro

Jörg Bergstedt





GRUNDLEGENDES

# Was ist genossenschaftlicher Mieterstrom?

Können Energiegenossenschaften professionell und erfolgreich genossenschaftliche Mieterstromprojekte entwickeln und betreiben? Welches Know-how benötigen sie dafür? Was sind die wichtigsten Herausforderungen? Welche Lösungen und Hilfsmittel gibt es dafür? Wie lassen sich durch Kooperationen Mieterstromprojekte für Energiegenossenschaften in größerem Umfang realisieren? Diesen Fragen wird im Themenschwerpunkt genossenschaftlicher Mieterstrom nachgegangen. Vorher gilt es allerdings zu klären: Was ist überhaupt unter genossenschaftlichem Mieterstrom zu verstehen?

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Als Mieterstrom wird vornehmlich Strom bezeichnet, der in einem Blockheizkraftwerk oder in einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt und direkt an Letztverbraucher (insbesondere Mieter) in diesem Wohngebäude geliefert wird. Aufgrund des aktuell verabschiedeten Mieterstromgesetzes wird der Begriff teilweise auf Stromlieferungen aus Photovoltaik verengt. In Wirklichkeit gibt es aber eine Vielzahl von technologischen Varianten und Kombinationen. Auf jeden Fall handelt es sich um eine Form der Direktlieferung für sehr verbrauchernahe Stromerzeugung. Das erforderliche Know-how bei Planung, Entwicklung und Betrieb von Mieterstromprojekten erweist sich als wesentlich anspruchsvoller als für die »klassische« Installation und den Betrieb von Anlagen nach dem Energieeinspeisegesetz, dem sogenannten EEG.

## Unterschiedliche genossenschaftliche Ausgestaltung

Energiegenossenschaften können sich durch Wissensaneignung, Professionalisierung und Kooperation das Geschäftsfeld Mieterstrom erschließen. Dabei sollte durch Mieterstrompro-

jekte der genossenschaftliche Charakter bewahrt und weiter intensiviert werden. Nur so wird es Energiegenossenschaften gelingen, mit ihren organisationalen Besonderheiten den Markt für eine dezentrale Energiewende eigenständig mitzugestalten. Faktisch gibt es mindestens vier Ansätze, mit denen Energiegenossenschaften Mieterstromprojekte umsetzen:

1. Eine Energiegenossenschaft agiert als Finanzier von Energieanlagen ohne einen eigenen Geschäftsbetrieb. Dies ist nach dem Kapitalanlagegesetzbuch nicht erlaubt, wird aber von einzelnen Energiegenossenschaften noch praktiziert.
2. Die Mitglieder einer Energiegenossenschaft sind nur wenige Akteure, die die Genossenschaft wie eine normale GmbH dafür nutzen, um Energieprojekte umzusetzen. Bürger sind weder als Investoren noch als Nutzer beteiligt.
3. Die Mitglieder bei den meisten Energiegenossenschaften sind vor allem gemeinsame Produzenten, die Energieprojekte gemeinschaftlich finanzieren und betreiben. Sie handeln als Produktionsgenossenschaft.
4. Die Mitglieder von Energiegenossenschaften bestehen zunehmend aus mindestens zwei Gruppen, diejenigen, die gemeinsam in eine Anlage investieren und diese betreiben und diejenigen, die als Mitglieder auch die erzeugte Energie nutzen.

## Zukunftschancen durch die Prosumentenkooperation

Wenn von genossenschaftlichen Mieterstromprojekten gesprochen wird, ist dies eigentlich nur bei der vierten Ausgestaltung der Projektumsetzung korrekt. Die Mitglieder einer Genossenschaft sind dann nicht nur Eigentümer und Betreiber von Mieterstrom-Energieanlagen. Entscheidend ist, dass sie auch als NutzerInnen des erzeugten Stroms Mitglied der Genossenschaft sind oder werden. Damit wird die



▲ Beim genossenschaftlichen Mieterstrom sind im Idealfall Stromerzeuger und -verbraucher Mitglieder in derselben Energiegenossenschaft. Graphik: Burghard Flieger

Grundidee, die hinter der Einführung des Begriffs Mieterstrom steht, mit einer besonderen Ausgestaltung verwirklicht: Das Augenmerk liegt nicht vorrangig auf der Investition, das Anbieten von Dienstleistungen und das Gewinnen von Stromkunden, sondern dem Nutzen, den die Mitglieder von Genossenschaften als Erzeuger (Investoren) und Nutzer (Stromkunden) haben: Die Mieterstromkunden werden im Idealfall als Mitglieder der Genossenschaft gleichzeitig Ökostromerzeuger und -verbraucher. Der genossenschaftliche Förderauftrag erfährt

auf diese Weise eine grundlegend andere Ausgestaltung, indem die Mitglieder nicht vorrangig durch Dividendenauszahlung, sondern als Bewohner einer Immobilie mit aus Sicht des Klimaschutzes besonders wertvollem, lokal erzeugtem Ökostrom versorgt werden. Sie werden zu Prosumenten, also gleichzeitig zu Produzenten und Konsumenten, organisiert als wirtschaftliche Kooperation mit einem gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Darin liegen die größten Zukunftschancen der meisten Energiegenossenschaften.

## NEUES MIETERSTROMGESETZ

# » Juristische Fallstricke lassen sich vermeiden «

Dr. Florian Valentin informiert über die wichtigsten Inhalte des neuen Mieterstromgesetzes. Valentin ist Gründungspartner der Kanzlei von Bredow Valentin Herz Rechtsanwälte. Seit 2006 befasst er sich mit dem Energierecht und dem Recht der Erneuerbaren Energien. Er berät Energieversorgungsunternehmen, Anlagenhersteller, -installateure und -betreiber, Projektentwickler und Energiehändler zu allen Rechtsfragen rund um Erneuerbare Energien.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Am 30.06.2017 wurde das neue Mieterstromgesetz verabschiedet. Wird dies einen neuen Photovoltaikboom auslösen, weil Solarstrom jetzt wirtschaftlich unproblematisch durch Mieter genutzt werden kann?

Ob es ein regelrechter Boom werden wird, lässt sich derzeit schwer abschätzen. Das Mieterstromgesetz wird jedoch sicherlich dazu führen, dass insbesondere in den Städten mehr PV-Anlagen installiert werden als bisher. Auch nach dem Mieterstromgesetz bleiben Mieterstromprojekte allerdings komplex und werden sich nicht in jedem Mehrfamilienhaus realisieren lassen. Spannend ist aber sicherlich, dass nach der Endfassung des Mieterstromgesetzes jetzt auch Quartierslösungen möglich geworden sind, da der Strom nicht mehr ausschließlich in demselben Gebäude genutzt werden muss, auf dem sich auch die PV-Anlage befindet.

Was sind die entscheidenden Vorteile des Mieterstromgesetzes gegenüber der bisherigen Situation?

Das Mieterstromgesetz bringt einen neuen Förderatbestand im EEG mit sich, den Mieterstromzuschlag, der auf den vor Ort erzeugten und verbrauchten Direktstrom gezahlt wird. Der

Mieterstromzuschlag beträgt je nach Größe der Photovoltaikanlage 2,11 bis 3,7 Cent je kWh. Diese direkte finanzielle Förderung dürfte an vielen Standorten der entscheidende Impuls sein, um ein wirtschaftliches Mieterstrommodell auf die Beine stellen zu können.

Auf welche »Knackpunkte« ist besonders zu achten, weil sich dort juristische Fallstricke bei der Umsetzung von Mieterstromgesetzen auftun können?

Zunächst einmal muss die PV-Anlage auf einem Wohngebäude installiert werden. Ein Wohngebäude liegt nach dem Mieterstromgesetz allerdings schon dann vor, wenn 40 Prozent der Fläche des Hauses zum Wohnen verwendet werden. Die Nutzung darf dann auch im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang des Hauses, auf dem die Anlage installiert ist, stattfinden, allerdings nur in Nebengebäuden und anderen Wohngebäuden. Wo der unmittelbare räumliche Zusammenhang endet, ist aktuell allerdings unklar.

Die installierte Leistung der PV-Anlagen auf dem Gebäude darf 100 kWp nicht überschreiten und die Lieferung darf nicht über das Netz der allgemeinen Versorgung erfolgen. Zudem ist zu beachten, dass Anforderungen an den Strompreis gestellt werden. Dieser darf 90 Prozent des jeweils geltenden Grundversorgungstarifs nicht übersteigen. Zusätzlich ist zu beachten, dass der Mieterstromlieferant bzw. der Betreiber der PV-Anlage verschiedene Melde- und Registrierungspflichten zu erfüllen hat. Auch gibt es Anforderungen an die Gestaltung der Mieterstromverträge. Hier ist auch weiterhin spezielles Know-how gefordert.

Sind in dem Gesetz besondere Anforderungen an die Messtechnik und die Abrechnung enthalten? Oder gibt es in diesem Zusammen-

hang anderweitige wichtige Anforderungen, die auf jeden Fall einzuhalten sind?

Hinsichtlich der Messtechnik wurden die Anforderungen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens etwas entschärft. Im Mieterstromgesetz ist jetzt nur noch vorgesehen, dass die Mieterstrommenge so genau ermittelt wird, wie es die Messtechnik zulässt, die nach dem Messstellenbetriebsgesetz zu verwenden ist. Hieraus folgt, dass nach dem sogenannten Smart-Meter-Roll-Out für die Messung der Mieterstrommengen dann auch Smart-Meter genutzt werden müssen. Dieser wird derzeit im zweiten Quartal 2018 erwartet. Bis dahin dürfte das etablierte Summenzählermodell weiterhin zulässig sein.

Auf was muss eine Energiegenossenschaft achten, die sich am Markt mit dem Geschäftsmodell »Mieterstromprojekte« etablieren möchte?

Wie andere Energieversorgungsunternehmen auch können Energiegenossenschaften als Mieterstromversorger agieren. Sie müssen dabei beachten, dass sie alle energiewirtschaftsrechtlichen Anforderungen an ein Energieversorgungsunternehmen erfüllen. Hier ist insbesondere auf die Gestaltung der Stromlieferverträge sowie der Rechnungen und die bestehenden Melde- und Registrierungspflichten hinzuweisen.

Können Wohnungsbaugenossenschaften oder andere Immobilienunternehmen Mieterstromprojekte eigenständig durchführen oder sollten sie sich Hilfe oder gar Kooperationspartner suchen?

Auch Wohnungsbaugenossenschaften können grundsätzlich Mieterstromprojekte durchführen. Allerdings konnte die Wohnungswirtschaft im Gesetzgebungsverfahren wichtige Forderungen



▲ Rechtsanwalt Florian Valentin (rechts) spricht mit einem Kollegen. Foto: Philipp Arnold

nicht durchbringen. So sind insbesondere Änderungen im Gewerbesteuerrecht und im Körperschaftsteuerrecht ausgeblieben. Anders als die ersten Entwürfe des Bundeswirtschaftsministeriums enthält die Endfassung des Mieterstromgesetzes keine Erleichterungen für Wohnungsbaugenossenschaften in diesen Bereichen. Soweit bei einer Wohnungsbaugenossenschaft die Gründung einer Tochtergesellschaft nicht in Betracht kommt, ist daher sicherlich die Kooperation mit einem Energieversorger ein interessanter Weg. Immobilienunternehmen, die keine Rücksicht auf das Thema Gewerbesteuer nehmen müssen, können selbstverständlich ohne Weiteres Mieterstromprojekte durchführen. Auch sie müssen dann sicherstellen, dass ausreichend energiewirtschaftliches Know-how vorhanden ist, um die gesetzlichen Anforderungen an Energieversorgungsunternehmen zu erfüllen. Erleichterungen – zum Beispiel für kleine Projekte – enthält das Mieterstromgesetz insoweit nicht. Oft wird daher die Zusammenarbeit mit Dienstleistern sinnvoll sein.

## SCHWERPUNKT GENOSSENSCHAFTLICHER MIETERSTROM

HATTINGER MIETERVEREIN INITIIERT EIGENE ENERGIEVERSORGUNG



# Sonnenstrom direkt vom Dach

Drei Generationen, zwei Jahre Vorbereitung, eine Photovoltaik-Anlage: Für die Mitglieder des Vereins WiWoZu - kurz für »Wir wohnen zusammen« - ist die Energiewende in den eigenen vier Wänden Wirklichkeit geworden. Sie beziehen Solarstrom aus einer Anlage direkt auf ihrem Mietshausdach. Möglich macht es die Zusammenarbeit mit dem Vermieter, der örtlichen Wohnungsgenossenschaft hwg, und der NATURSTROM AG. Für solche Mieterstromprojekte gibt es bisher deutschlandweit nur wenige Beispiele.

FINJA SEROKA, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

»In unserem Wohnprojekt wollten wir von Anfang an nicht nur gemeinschaftliches Wohnen umsetzen, sondern auch umwelt- und klimafreundlich leben«, erzählt Rolf Novy-Huy von WiWoZu. Mieterstrom passe deshalb hervorragend zum Konzept des Mehr-Generationen-Hauses. Bereits seit dem Einzug 2011 nutzen die Mieter Solarthermie für die Wassererwärmung, Raumwärme liefert ihnen eine mit Ökostrom betriebene Wärmepumpe.

### Akteure müssen sich abstimmen

Anfang 2015 hörte sich Novy-Huy um, ob sich auch eine Photovoltaikanlage auf dem Hausdach lohnen würde. Die damals stark abgesenkten Einspeisetarife für Sonnenstrom sowie die Tatsache, dass Mieter Sonnenstrom vom Dach nicht so leicht selbst verbrauchen können wie Eigenheimbesitzer, schienen ihm jedoch früh einen Strich durch die Rechnung zu machen. Im intensiven Austausch brachten dennoch der WiWoZu e.V., die hwg, die als Hauseigentümerin einer Verpachtung der Dachflächen zustimmen musste, sowie der Öko-Energieversorger NATURSTROM das Mieterstrom-Projekt auf den Weg.

64 PV-Module hat Naturstrom, Eigentümerin der Anlage, nun auf dem Dach des Mehrfamilienhauses installiert. Sie hat dafür einen Pachtvertrag mit der Wohnungsbaugenossenschaft abgeschlossen. Zusammen kommen sie auf eine Leistung von 17 Kilowatt peak und können voraussichtlich 16.000 Kilowattstunden Sonnenstrom pro Jahr erzeugen. Rund 70 Prozent davon fließen direkt in die Steckdosen der Mieterinnen und Mieter. Solarstrom, der an sonnigen Mittagen nicht im Haus verbraucht werden kann, wird in das öffentliche Netz eingespeist.

### Städte haben Nachholbedarf

»Mieterstrommodelle bringen die Energiewende in die Städte«, sagt Tim Meyer, Leiter des Geschäftsbereichs Dezentrale Versorgung bei Naturstrom. »Gerade im bevölkerungsreichen NRW mit seinen Ballungszentren konnten die Mieterinnen und Mieter von der Energiewende bislang kaum profitieren. Die Möglichkeit, günstigen Solarstrom vom Dach zu beziehen, ändert das.« Für NATURSTROM ist die Zusammenarbeit



▲ Rolf Novy-Huy wirft einen Blick aus der Dachluke über die PV-Anlage

Foto: Naturstrom

mit dem Mehr-Generationen-Haus in Hattingen das erste Mieterstrom-Projekt in NRW.

### Genossenschaftliche Eigenverantwortung

Alle 15 Wohneinheiten haben sich für den Mix aus hausgemachten Strom und Ökostrom, aus dem Netz entschieden - geliefert und abgerechnet durch Naturstrom. Das liegt auch daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner sich bewusst für das Mehr-Generationen-Haus entschieden haben - und damit für die sozialen ebenso wie für die ökologischen Aspekte. Die Idee für den Verein »WiWoZu« entstand bereits im Jahr 2007 im Rahmen eines VHS-Kurses zum Thema »Gemeinsam statt einsam«.

Der Verein fand in der Hattinger Wohnungsgenossenschaft hwg eG gleich einen aufgeschlossenen Partner für die Umsetzung seiner Idee. »Gemeinschaftliche Wohnprojekte zählen zu den heutigen Wohntrends unserer Gesellschaft. Das Mehr-Generationen-Haus am Südring ist ein Leuchtturmprojekt, das für innovatives und zeitgemäßes Wohnen steht«, sagt Erika Müller-Finkenstern, Vorstandsvorsitzende der hwg eG. Für die Wohnungsgenossenschaft stehen seit jeher der soziale und ökologische Mehrwert im Vordergrund. 2009 begann der Bau des Mehrfamilienhauses. Die letzten Mieter konnten 2011 einziehen, das Konzept des Mehr-Generationen-Hauses aber entwickelt der Verein kontinuierlich weiter, aktuell eben mit einer hauseigenen Energieversorgung.

Der Sonnenstrom vom Dach ist für die Bewohnerinnen und Bewohner eine saubere Sache - und eine günstige: Denn Strom, der direkt vor Ort verbraucht wird, wird nicht durch das öffentliche Netz geleitet. Entgelte für die Netznutzung, Konzessionen und Stromsteuer entfallen deshalb. Über zwei Cent ist der Mieterstrom in Hattingen deshalb günstiger als der Standardtarif des örtlichen Versorgers und spart einem Durchschnittshaushalt auf diese Weise 50 Euro pro Jahr. Der Mieterstrom besteht dabei zu 25 Prozent aus hausgemachten Strom und zu 75 Prozent aus Ökostrom aus dem Netz.

### Demokratisieren der Energiewende

Bisher haben oft nur Immobilienbesitzer von hausgemachten Strom profitiert. Mieterstrom-Konzepte wie das in Hattingen ändern das und demokratisieren so die Energiewende: »Von Mieterstrom-Projekten haben alle etwas: Mieter, Wohnungswirtschaft und die Allgemeinheit«, ist Tim Meyer überzeugt. »Vor allem aber ist uns die Botschaft wichtig: Man kann vor Ort nachhaltigen Strom erzeugen, direkt in die Wohnungen liefern und insofern die Energiewende für Millionen Menschen greifbar machen.«

Das Mehr-Generationen-Haus in Hattingen ist dabei eines von mehreren Mieterstromprojekten, die Naturstrom in den vergangenen Jahren umgesetzt hat, wie etwa in München, Regensburg und in Berlin. Alle Projekten stellen dabei individuelle Lösungen dar, die auf die Mieterinnen und Mieter vor Ort zugeschnitten sind. Doch sie verfolgen alle dasselbe Ziel: die Energiewende vor Ort.

## Forschungsprojekt Mieterstrommodelle

Das Forschungsprojekt »Zukunftsfeld Mieterstrommodelle« ist ein Teilprojekt des BMBF-geförderten Verbundvorhabens »BuergerEn: Perspektiven der Bürgerbeteiligung an der Energiewende unter Berücksichtigung von Verteilungsfragen«. Im Projekt arbeiten die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (UOL), die innova eG und das Institut für Ökologisches Wirtschaften (IÖW) zusammen. Ziel ist es, die Transformationspotenziale, Erfolgsfaktoren und Umsetzungsherausforderungen von bürgergetragenen Mieterstromprojekten zu analysieren. Das Forschungsprojekt gliedert sich in vier Schwerpunkte mit jeweils unterschiedlichen Betrachtungsebenen, Zielen und Methoden:

- Bestandsaufnahme von Mieterstromprojekten in Deutschland: Katalogisierung, Systematisierung und vergleichende Betrachtung von privaten, gewerblichen, kommunalen und genossenschaftlichen Projekten; Marktanalyse von Dienstleistungsunternehmen als Kooperationspartner für Bürgerenergieakteure im Bereich Mieterstrom.
- Analyse der Genossenschaft als adäquate Unternehmensform: Vergleichende Analyse genossenschaftlicher Ansätze bezüglich Organisationsformen und Geschäftsmodelle; Identifikation von Erfolgsfaktoren und Barrieren für die Umsetzung genossenschaftlicher Mieterstromprojekte.
- Transdisziplinäre Fallstudie: Begleitung der Realisierung eines genossenschaftlichen Mieterstromprojekts in Form von Aktionsforschung; Beschreibung und Bewertung praktischer Aspekte.
- Perspektiven der Blockchain-Technologie: Analyse derzeit verfügbarer Blockchain-Anwendungen bezüglich deren Eignung sowie deren Vor- und Nachteile.
- Vorgesehen sind drei wesentliche Ergebnisse: Zum einen wird eine wissenschaftliche Studie für Akteure aus Politik, Forschung und der Fachöffentlichkeit erstellt, die Hemmnisse und Erfolgsfaktoren sowie Wirkungs- und Transformationspotenziale bürgerorientierter Mieterstrommodelle darstellt. Außerdem wird ein praxisorientierter Leitfaden erarbeitet, der Akteuren der Bürgerenergie die erfolgreiche Umsetzung von Mieterstromprojekten verständlich aufzeigt. Darüber hinaus soll ein Software-Tool zur Wirtschaftlichkeitsbewertung von Bürgerenergieprojekten zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen:

[www.uni-oldenburg.de/ecoeco/oder](http://www.uni-oldenburg.de/ecoeco/oder)  
[www.engeno.net](http://www.engeno.net)

ISARWATT EG, MÜNCHEN

## Energiedienstleistungen für Wohnungsbaugenossenschaften

Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen hat ein neues Mitgliedsunternehmen. Der Verbandsrat stimmte am 5. Juli 2017 der Aufnahme der Isarwatt eG zu. Das Besondere: Die Isarwatt eG ist kein klassisches Wohnungsunternehmen, sondern ein Dienstleistungsunternehmen für die Wohnungswirtschaft in der Rechtsform einer Genossenschaft, letztlich eine Energiegenossenschaft. Das neue Unternehmen wird im Bereich Energie und Mobilität ein integriertes Angebot für viele Münchner Mietwohnungen entwickeln.

ANZEIGE

### FORUMRECHT

Ausgabe 2/17: Umweltzerstörung - ein survival kit jetzt erhältlich

Onlineshop, ältere Ausgaben und call for papers:

[www.forum-recht-online.de](http://www.forum-recht-online.de)  
[twitter.com/\\_ForumRecht](https://twitter.com/_ForumRecht)



TOBIAS STRAUBING (MEDIENREFERENT VDW BAYERN), REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Aus den Reihen der Münchener Wohnungswirtschaft entstand Anfang 2017 ein neues Dienstleistungsunternehmen mit den Schwerpunkten:

- Errichtung und Betrieb von Energieanlagen in und rund um Wohngebäude;
- Lieferung von Wärme und Strom an Privathaushalte;
- Messung und Abrechnung aller damit verbundenen Energiearten und -mengen;
- Errichtung und Betrieb von Mobilitätsstationen;
- Datentechnische Vernetzung der angeschlossenen Unternehmen in diesen Bereichen.

Hauptzweck des neuen Unternehmens ist die Steigerung des Nutzens für alle beteiligten Unternehmen und insbesondere aller Privathaushalte, die in den Häusern der beteiligten Wohnungsunternehmen leben. Nebeneffekt ist ein dauerhafter Beitrag zur Reduzierung des fossilen Energieverbrauches durch dezentrale und hocheffiziente Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen und den wachsenden Einsatz

regenerativer Energie.

### Genossenschaften als Gründungsmitglieder

Die Isarwatt eG wurde von sechs Münchener Wohnungsgenossenschaften gegründet. Sie umfassen eine bunte Mischung alter und neuer Genossenschaften. Zu ihnen gehören:

- Baugenossenschaft des Post- und Telegraphenpersonals eG
  - Bauverein München-Haidhausen eG
  - VfW Verein für Wohnungskultur eG
  - WOGENO München eG
  - Wohnungsbaugenossenschaft wagnis eG
  - Wohnungsgenossenschaft München-West eG
- Weitere Münchener Wohnungsunternehmen sollen als Mitglieder aufgenommen werden.

Die Idee der Gründerinnen: Mieterstrom-Projekte, derzeit in aller Munde, sind vielerorts ohne Umsetzungs-Perspektive. Sie erhalten durch die neue eG eine tragfähige Plattform mit hoher Breitenwirkung. Denn die beteiligten Genossenschaften haben neben den baulichen und investiven Ressourcen auch den Zugang zu den Nutzern. »Die Versorgung großer Teile des Wohnungsbestandes von Wohnungsun-

ternehmen mit selbst produziertem Strom ist damit realisierbar geworden«, erläutert Gründungsvorstand Peter Schmidt von der WOGENO.

### Nachahmung erwünscht

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeiten der Isarwatt eG stehen Mess- und Abrechnungsdienste sowie die Datenverarbeitung im Wärme- und Strombereich und transparente Berichterstattung über die Erreichung von Umweltzielen durch diese Maßnahmen. Für die wohnungsnahen Mobilität werden durch die Isarwatt eG Lösungen angeboten, die vielen Privathaushalten einen bequemen Zugang zu geteilten Mobilitätsangeboten ermöglichen. E-Bikes, Elektro-Autos und »konventionelles« Carsharing, können in der eigenen Garage bereitgestellt werden.

Die Nachahmung der Idee in anderen Städten ist durch die Gründer ausdrücklich gewünscht. Schließlich geht es der Isarwatt eG um die Umsetzung der Energiewende und die Förderung von Dezentralität.

Zukünftig weitere Informationen: [www.isarwatt.de](http://www.isarwatt.de).



SOLAR-BÜRGER-GENOSSENSCHAFT EG, FREIBURG

## Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft



▲ schwereLos, ein Bauprojekt aus dem Verbund des Mietshäuser Syndikats steht für preisgünstiges, soziales und ökologisches Bauen in Freiburg

Foto: Burghard Flieger

In der Zusammenarbeit von Wohnprojekten und Wohnungsgenossenschaften mit Energiegenossenschaften liegt viel Potential für ein Wiederaufleben der dezentralen Energiewende. In Freiburg zeigen das Wohnprojekt schwereLos aus dem Verbund des Mietshäuser Syndikats und die Solar-Bürger-Genossenschaft in einem Pilotprojekt, wie sich dies zum Nutzen beider Organisationen gestalten lässt.

KAJ MERTENS-STICKEL UND JOACHIM MERKLE, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Solar-Bürger-Genossenschaft mit Sitz in Freiburg wurde 2006 gegründet. Sie gehört zu den drei ersten neuen Energieproduktionsgenossenschaften. Trotz des frühen Starts lässt sie sich mit rund 190 Mitgliedern - Stand Anfang 2017 - eher den kleinen bis mittelgroßen Energiegenossenschaften zuordnen. Die Mitglieder haben knapp 2.300 Anteile zu je 100 Euro gezeichnet. Die Genossenschaft betreibt sieben Solarstromanlagen und ein Blockheizkraftwerk mit einer installierten Leistung von 693 kW und einen Jahresertrag von ca. 710 MWh. Ziel ist es, die dezentrale Energiewende in Bürgerhand aktiv durch soziale und technische Innovationen voranzutreiben unter

anderem durch Mieterstromprojekte und durch das Anbieten von Bürger-Öko-Strom.

### Aktiv bei Mieterstromprojekten

Das erste Mieterstromprojekt der Solar-Bürger-Genossenschaft ist ein BHKW-Projekt. Strom und Wärme werden in einem Mehrfamilienhaus mit 46 Wohneinheiten in Gundelfingen erzeugt und dort an die Bewohner geliefert. Die Inbetriebnahme des 16-kW-Blockheizkraftwerkes mit Installationskosten von ca. 70.000 Euro erfolgte Ende 2013. Es erzeugt rund 70.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr. Der selbst erzeugte Strom wird für die mitmachenden Wohnungseigentümer oder ihre Mieter um rund 2 Cent pro Kilowattstunde preiswerter als vom lokalen, sehr kooperativ agierenden Energieversorger angeboten.

Aktuell steht ein Mieterstromprojekt mit Solarstrom vor der Installation. Es wird unter den Bedingungen des gerade in Kraft getretenen Mieterstromgesetzes abgewickelt. Partner ist das Wohnprojekt schwereLos GmbH, ein Projekt im Verbund des Mietshäuser Syndikats. Dies ist ein Projektverbund von 125 Hausprojekten, die alle autonom organisiert sind. Sie besitzen ihre Immobilie recht-

lich selbstständig mit einem eigenen Unternehmen, können diese aber nicht mehr am Markt verkaufen.

Die sozialpolitische Ausrichtung von schwereLos beeindruckt. Ein großer Teil des Wohnraums wird für Gruppen bereitgestellt, die auf dem freien Wohnungsmarkt mit erheblichen Vorurteilen zu kämpfen haben: Es gibt eine große Wohnung für eine Flüchtlingsfamilie und zwei kleinere Wohnungen für Menschen, die von der »Freiburger Hilfs-Gemeinschaft e.V.« und von »FreiRaum - Hilfen für Frauen in Wohnungsnot« betreut werden. Insgesamt handelt es sich um 19 Wohnungen auf rund 1.700 m<sup>2</sup>, 13 davon nach dem Landeswohnraumförderprogramm. Anfang 2018 werden hier etwa 60 Menschen einen Platz finden. Entsprechend den Vorgaben der Ausschreibung wird eine Kita für drei Gruppen auf 580 m<sup>2</sup> von der örtlichen Diakonie betrieben werden. Im Erdgeschoss entsteht ein Gemeinschaftsraum, der auch anderen Gruppen und Bewohnern aus dem neuen Stadtteil zur Verfügung steht.

### Ausrichtung an den Eigenverbrauch

Das sinnvolle Konzept einer Energieversorgung mit einem BHKW konnte in dem neuen Wohnbaugbiet nicht umgesetzt werden, da mit der

Baugenehmigung ein Zwangsanschluss an ein Fernwärmenetz verbunden war. Deshalb erfolgt ein Teil der Ökostromversorgung nun über Photovoltaik, installiert auf dem Dach des Wohnprojekts. In Betrieb genommen werden im September 2017 circa 26 kWp mit Ost-West-Aufstellung und 10° Neigung. Diese Art der Aufständerung ermöglicht eine Anpassung des erzeugten Stroms entsprechend den üblichen Nutzungszeiten. Die Lieferung des Stroms vom Dach an die Bewohner wird so optimiert und die Netze entlastet, weil der Lastgang etwas flacher verläuft. Dagegen wäre bei einer Südausrichtung die Solarertragsrate höher.

Die Installation erfolgt auf einem Flachdach mit Extensivbegrünung. Das Gestell steht frei auf der Substratoberfläche ohne Dachdurchdringung und ohne Kontakt zur Dachhaut. Da es sich um einen Neubau handelt, konnte das DC-Kabel (Solar-kabel) in den Versorgungsschacht innerhalb des Hauses mitverlegt werden. Auch ist der Netzanschluss im vorhandenen Zählerschrank eingebaut. Dieser weist ausreichend Platz für Sicherungsautomaten und einen Zweirichtungszähler auf.

### Aktuelles Mieterstromgesetz genutzt

Selbstverständlich kann jeder Bewohner, wie vom Mieterstromgesetz vorgesehen, seinen Energieversorger selbst wählen. Das Wohnprojekt von schwereLos hat genossenschaftlichen Charakter, wenn auch nicht in der Rechtsform der eG umgesetzt. Deshalb gehört es zum Selbstverständnis, auf dezentrale, umweltverantwortliche Lösungen zurückzugreifen. Entsprechend wurde von allen zukünftigen Bewohnern, besprochen in der gemeinsamen Bauplanungsgruppe, eine gemeinsame Lösung gewählt: Ökostromversorgung durch die Solar-Bürger-Genossenschaft.

Die Solar-Bürger-Genossenschaft tritt als Gesamtversorger auf. Sie bezieht den Reststrom über ihren Kooperationspartner, die Bürgerwerke eG, eine Sekundär-genossenschaft von über 70 dezentral agierenden Energiegenossenschaften. Aus Sicht des Vorstands der Solar-Bürger-Genossenschaft ist die Zusammenarbeit mit schwereLos »der Beginn einer wunderbaren Freundschaft«, die sich in vielen weiteren Kooperationen mit Wohnprojekten und Wohnungsgenossenschaften fortsetzen könnte und sollte.

## UNTERSTÜTZUNG

## Mieterstrom leichter managen

Beim Mieterstrom gilt es, verschiedene elektro-, mess- und abrechnungstechnische Aspekte zu beachten und in einem Gesamtkonzept umzusetzen. Dafür existieren zahlreiche Dienstleister. Am Beispiel der Firma BUZZN wird deren mögliches Angebotsspektrum erläutert.

WINFRIED HAAS, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Reine Netzeinspeisung bei Photovoltaikanlagen wird bei neuen Anlagen aktuell oftmals zum Minusgeschäft. Der selbst produzierte Strom sollte deshalb möglichst innerhalb der Kundenanlage, also im Haus, in dem er produziert wird, genutzt oder vermarktet werden. Dort tritt er in Konkurrenz zu herkömmlichem Netzstrom, hat aber den Wettbewerbsvorteil, dass er von Netzentgelten und Stromsteuer befreit ist. Er kann daher den Stromnehmern im Haus günstiger angeboten werden. Oder dem Betreiber höhere Vermarktungserlöse beschaffen als bei reiner Netzeinspeisung.

Anders als bei Netzstrom ist die Herkunft von Mieterstrom für alle Beteiligten eindeutig nachvollziehbar: Der Strom kommt direkt von »unserem« Dach oder aus »unserem« Keller! Intransparente Öko-Labels werden damit hinfällig. Jedes Mieterstromprojekt kann mit digitalen Stromzählern ausgestattet werden. So können alle Teilnehmer ihr Stromverhalten besser sehen, verstehen und verbessern. Auch als Gruppe, etwa durch das Verfolgen gemeinsamer Einspar- und Autarkieziele. Das erzeugt Wir-Gefühl und stärkt die Hausgemeinschaft.

### Passiv- oder Aktivmodell

Mieterstrommodelle – auch von Energiegenossenschaften – können unterschiedlich organisiert werden. Beim Passivmodell kauft ein Regional-

versorger, Stadtwerk oder anderer Stromanbieter (umgangssprachlich »Versorger« genannt) der Energiegenossenschaft als Betreiber der Stromerzeugungsanlage dessen Eigenstrom frei Generator ab, vermischt ihn mit Eigenstrom und verkauft ihn unter seiner Strommarke im Haus weiter. Die Rolle des Anlagenbetreibers ist auf die eines passiven Stromproduzenten reduziert, während der Versorger die Vermarktung seines Stroms an die Hausbewohner übernimmt. Neben der Kundenbeziehung zu den Bewohnern nimmt er dem Betreiber damit meist auch einen Teil des Ertrags weg.

Anders beim Aktivmodell. Dieses ermöglicht einer Energiegenossenschaft als Betreiber der lokalen Stromerzeugungsanlage Unabhängigkeit von einem einzelnen Energieversorger. Sie kommt in die Rolle des Vollversorgers der Parteien vor Ort, mit allen Rechten und Pflichten. Letztere können ihr jedoch von einem Spezialdienstleister abgenommen werden, so dass sie sich mit Anforderungen wie Abrechnungen, Wechselprozessen, Meldewesen und sonstiger Bürokratie nicht auseinandersetzen muss. Gleichzeitig behält sie die Kundenbeziehung zu den Hausbewohnern und profitiert von einer höheren Ertragskraft. Sie entscheidet, ob sie diese für die schnellere Amortisation der Stromerzeugungsanlage einsetzt oder ihren Stromnehmern in Form von niedrigeren Strompreisen zugutekommen lässt.

### Breites Aufgabenspektrum

Damit das gelingt, gilt es zur Organisation von Mieterstromprojekten eine Reihe von Aufgaben zu bewältigen:

- Elektrotechnisch werden eine oder mehrere

Stromerzeugungsanlagen mit Verbrauchsstellen innerhalb derselben »Kundenanlage«, d. h. eines Haus- oder Quartiersnetzes, zusammengeschlossen.

• Messtechnisch bedarf es einer speziellen Zählerkonfiguration, die üblicherweise aus folgenden Zählern besteht:

- Übergabezähler (als Zweirichtungszähler) zum öffentlichen Netz;
- Produktionszähler der Stromerzeugungsanlage(n);
- Verbrauchszähler der Parteien.

• Abrechnungstechnisch müssen verschiedenste gesetzeskonforme Dokumente erstellt werden, insbesondere turnusmäßige Stromrechnungen für die im Mieterstromprojekt belieferten Parteien, aber auch Meldungen an Netzbetreiber und Finanzbehörden.

### Hilfe durch Dienstleister

Organisieren lassen sich diese Aufgaben über Energiedienstleister, zum Beispiel über eine lokale Energiegruppe von BUZZN, ein Unternehmen aus München, das mit Localpool.de ein Aktivmodell anbietet. Nachdem die Energiegenossenschaft mit der Stromproduktion auf seinem Dach (Photovoltaik, PV) oder in seinem Keller (Blockheizkraftwerk, BHKW) bereits den ersten Schritt in Richtung Unabhängigkeit von den Energieversorgern getan hat, erleichtert eine solche Energiegruppe die eigenständige Vermarktung des Stroms.

Zunächst erstellt BUZZN dazu eine kostenlose und unverbindliche Wirtschaftlichkeitsprognose. Aus dieser geht hervor, ob sich ein Projekt grundsätzlich rechnet. Falls ja, unterstützt das Team beratend bei der Planung (Messkonzept,

Pricing, Vertrieb), Umsetzung (Vertragspaket, Smart Meters) und laufenden Administration (Wechselprozesse, Abrechnung & Reporting) des Energieprojekts. Gestützt auf eine »Software as a Service« (SaaS)-Plattform werden alle Prozesse im Zusammenhang mit dem Mieterstromprojekt abgearbeitet bzw. alle Pflichten erfüllt. Von der Ummeldung der teilnehmenden Parteien in seinem Haus, über die turnusmäßige, gesetzeskonforme Abrechnung, bis hin zur Verwaltung von Aus- und Neueinzügen.

### ANZEIGE

## Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit  
Kaffee & Tee von  
zapatistischen Kooperativen  
und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus  
handwerklicher,  
kollektiver  
Trommelröstung



Kaffee Kollektiv  
Zapatista

Am Veringhof 11  
21107 Hamburg  
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:

[www.aroma-zapatista.de](http://www.aroma-zapatista.de)



WEITERBILDUNG: ANGEBOTSVIELFALT ZUM THEMA MIETERSTROM

## » Wie gemacht für mich? «



▲ Auf der MCC-Tagung zum Mieterstrom plädiert der ehemalige Landesumweltminister von NRW, Johannes Remmel (rechts), für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer.

Foto: Burghard Flieger

## Workshop: Genossenschaftlicher Mieterstrom

Unter dem Motto »Energiegenossenschaften entwickeln gemeinsam das Geschäftsfeld Mieterstrom« treffen sich am 24./25. November in Hattingen Vertreter von Energiegenossenschaften und Experten aus dem Bereich Mieterstrom, um auf Grundlage ihrer Erfahrungen bestehende Konzepte zu optimieren und gegebenenfalls gemeinsame Dienstleistungen aufzubauen. Der Workshop ist ausdrücklich keine Einführung, sondern richtet sich an genossenschaftliche Organisationen, die sich bereits intensiver mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Anmeldung und Fragen zur Organisation: Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Dr. Sonja Menzel, Kurt-Eisner-Str. 41, 04275 Leipzig, sonja.menzel@genossenschaftsgedanke.de, Tel.: 0341/69958411

Weiterbildungsangebote zum Thema Energie, auch zu Mieterstromkonzepten sind kaum noch zu überblicken. Die Vielfalt der Formate und Zusätzungen ermöglicht fast für jeden, das Richtige für die eigenen Zwecke zu finden. Der nachfolgende Überblick soll helfen, Entscheidungen für ein Format zu erleichtern.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Zu den Schwergewichten im Bereich der Weiterbildung gehört MCC, Management Center of Competence, mit Sitz in Düren. Beim Thema Mieterstrom im Zusammenhang mit dem neuen Mieterstromgesetz gehörte MCC zu den ersten Anbietern. Bereits im April 2017, organisierte das Unternehmen eine Fachkonferenz Energiewirtschaft aktuell: MieterStrom. Sie fand im Park Inn Hotel in Köln statt. Mit seinen neun Referentinnen und Referenten, alles Fachleute aus der Energiewirtschaft, hatte die Veranstaltung mehr Tagungs- als Seminarcharakter.

### MCC: Breites Themenspektrum

Das Themenspektrum erwies sich als breit. Im Mittelpunkt standen Referentinnen und Referenten, die entweder Dienstleistungen im Bereich Mieterstrom anbieten oder Stadtwerke, die vergleichsweise innovativ agieren und bereits Mieterstromprojekte umsetzen. Ergänzt wurden diese Inputs durch Beiträge mit eigenständigen Perspektiven. Johannes Remmel, noch vor kurzem Landesumweltminister in NRW, stellte das Förderprogramm für Mieterstrom in NRW vor. Er setzt

sich aktiv für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Deutschland ein. Ulrich Ropertz vom Deutschen Mieterbund engagierte sich eindeutig für die Interessen der Mieter. Entscheidend für ihn ist, dass Mieterstrom unter den bisher vor Ort angebotenen Preisen liegt.

Genossenschaftliche Mieterstrommodelle wurden vor allem von zwei Referenten in den Mittelpunkt gestellt, von Ulf Rietmann von Naturstrom (siehe eigenständigen Artikel in diesem Schwerpunkt) und durch Kay Voßhenrich, Vorstandsmitglied der Energiegewinner eG. Energiegewinner, selbst eine Energiegenossenschaft mit nunmehr über 430 Mitgliedern, setzt verstärkt auf die Umsetzung der Prosumentenidee, dass die Bewohner eines Hauses ihr eigener Stromerzeuger und -nutzer werden.

### Pionierrolle der Energiegewinner eG

Energiegewinner geht dies aktuell in einem Neubaugebiet in Köln an. Dort konnten von zehn Baugruppen fünf gewonnen werden, mit der Genossenschaft ein Mieterstrommodell umzusetzen. Dafür ist bereits alles gut durchgeplant. Die Inbetriebnahme soll unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Mieterstromgesetzes erfolgen. Dies könnte bei Erscheinen dieser Ausgabe der Contraste bereits geschehen sein. Energiegewinner will sich auf Grundlage der mit diesem Projekt gemachten Erfahrungen bundesweit als Dienstleister für Mieterstromprojekte etablieren.

Veranstaltungen des MCC, wie das zum Mieterstrom eignen sich besonders für Energiefachleute, die in ein Thema neu einsteigen wollen und zu diesem Zweck einen breiten Überblick über

relevante Unternehmen, Themen und Referenten suchen. Die einzelnen Themen und Vorgehensweisen werden in den 30- bis 45-minütigen Inputs nicht so tiefgehend behandelt, dass sie eine unmittelbare Anwendung ermöglichen. Insofern ist dieses Weiterbildungsformat eher für einen Einstieg und Überblick und für Kontakte zu empfehlen. Die nächste Veranstaltung des MCC zum Themenfeld Energie wird das Stadtwerke-Forum am 06./07.11.2017 in Düsseldorf sein.

### VfW: Juristisch geprägter Überblick

Zu den Spezialisten und Themensetzern im der Energiewirtschaft gehört der VfW, Verband für Wärmelieferung e.V., mit Sitz in Hannover. Er will die Verbreitung des Energiecontractings mit Wärme, Kälte, Druckluft und elektrischen Strom voranbringen. Der VfW berät und qualifiziert Anbieter und Nutzer von Contracting in dem gesamten dafür erforderlichen Wissensspektrum. Beim Verbandsbüro kann dafür ein komplettes Dienstleistungspaket für Energielieferanten und Gebäudeeigentümer abgerufen werden. Das Weiterbildungsangebot des VfW mit dem Titel »Mieterstrom – Grundlagen der dezentralen Stromversorgung« am 11.07.2017 in Berlin wies eindeutigen Seminarcharakter auf.

Themen waren unter anderem:

- Was ist Mieterstrom: Einordnung im System des Energierechts;
- Welche Förderung gibt es für Mieterstrom: Voraussetzung des Mieterstromzuschlags bei PV-Mieterstrom nach EEG;

- Welche Stromnebenkosten entstehen auf Mieterstrom: Keine Netzentgelte innerhalb der Kundenanlage;
- Entsteht die EEG-Umlage: Ja, denn Mieterstrom ist kein Eigenverbrauch;
- Wie ist die Messung zu organisieren: Summenzählermodell mit Unterzählern nach dem neuen § 20 Abs. 1d EnWG;
- Welche Besonderheiten hat ein Mieterstrom-Liefervertrag? Welche Meldepflichten bestehen? Wie erfolgt die Abrechnung: Besonderheiten bei PV-Mieterstrom nach § 43a EnWG.

### Hilfreich für konkrete Projekte

Das Seminar war sehr anwendungsorientiert ausgerichtet. Vor allem für Dienstleister, die sich in diesem Themenfeld engagieren wollen, wurden die relevanten Themen Schritt für Schritt durchgespielt. Dies erfolgte eher unter juristischem Blickwinkel. Die sich kontinuierlich abwechselnden Referenten Martin Hack und Dirk Legler sind Rechtsanwälte der Kanzlei Rechtsanwälte Günther Partnerschaft in Hamburg. Das Seminar eignete sich vor allem für neue Marktteilnehmer, die sich mit dieser Form des Stromverkaufs vertraut machen wollen. Das nächste VfW-Seminar »Mieterstrom – Grundlagen der dezentralen Stromversorgung« wird am 21.09.2017 in Kassel stattfinden.

## BUCHBESPRECHUNG

# Praxishandbuch Mieterstrom

Die aktuelle Veröffentlichung »Praxishandbuch Mieterstrom. Fakten, Argumente und Strategien« bereitet das Thema Mieterstrom in der Vielfalt seiner Facetten auf. Neben der notwendigen Theorie zu Energiepolitik und den rechtlichen Rahmenbedingungen werden zahlreiche Hinweise, Beispiele und Checklisten zur Verfügung gestellt. Es ist die erste handlungsorientierte Buchveröffentlichung zu Mieterstrom, die als Anleitungen für die praktische Umsetzung genutzt werden kann.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Iris Behr und Marc Großklos, die den Rat- und Ideegeber herausgegeben haben, arbeiten beide beim Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt mit. Entsprechend tragen beide vor allem die wohnungswirtschaftliche und so gut wie gar nicht die energiegenossenschaftliche Brille. D.h., das Praxishandbuch wendet sich besonders an Verantwortliche in Wohnungsunternehmen und WEG-Verwalter. Deren Blickwinkel einzunehmen, dürfte für Vertreter von Energiegenossenschaften dennoch hilfreich sein, wenn sie ihre Leistungen der Immobilienwirtschaft erfolgreich andienen wollen.

Wie bei allen Sammelbänden fällt es schwer, der Vielfalt der Beiträge inhaltlich, sprachlich und fachlich gerecht zu werden. Deshalb wird nur auf einzelne Beiträge kurz eingegangen, die besonders wichtige Aspekte ansprechen. Dass die Veröffentlichung jeweils Grundsatzbeiträge z.B. zur »politischen Einordnung von Mieterstrom als Beitrag zur Energiewende«, sowie zu »den rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für Mieterstrom« enthält, liegt nahe.

• **Kooperation als Erfolgsfaktor für Mieterstrom von Iris Behr:** Die Umsetzung von Mieterstrommodellen wird für (institutionelle) Vermieter und für Energiedienstleister zunehmend interessant. Auf Grund der komplexen Regelungen bieten sich Kooperationen zwischen

Immobilienunternehmen und Stromversorgern an. Gemeinsam durchgeführte Mieterstrommodelle sind für alle Beteiligten, auch für die Mieter/Stromkunden, vorteilhaft. In der Darstellung finden innovative Dienstleister aus dem Ökospektrum zu wenig Beachtung.

• **Messkonzepte für Mieterstrom von Severin Becker, Simon Hinterholzer, Martin Schweinoch und Oliver Zernahle:** Eine Voraussetzung für die Umsetzung von Mieterstrommodellen sind Messkonzepte, mit denen Stromverbrauch oder -einsparungen präzise erfasst werden können. Das ist notwendig, um Steuerungs- und Abrechnungsaufgaben erfüllen zu können. Derzeit gebräuchliche Messkonzepte für Mieterstrommodelle werden vorgestellt und ihre Einsatzfelder diskutiert. Die Herausforderung bei deren Einführung stellen die rechtlichen sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dar. Dies wird gut herausgearbeitet.

• **Erzeugungs- und Verbrauchsprofile für die Planung von Mieterstrom von Marc Großklos:** Bei der Umsetzung von Mieterstromprojekten ist eine realistische Prognose von Energieerzeugung und -verbrauch von Bedeutung, da diese die Ausgangsdaten für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung liefert. Es komme darauf an, Erzeugung und Verbrauch nicht auf Jahres- oder Monatsbasis abzuschätzen, sondern möglichst

mit der Auflösung in Form von Lastgangprofilen. In dem Kapitel werden Planungsansätze für die Energieerzeugung (BHKW und PV) und -verbrauch (Wärme und Strom) in Mehrfamilienhäusern verständlich vorgestellt.

• **Wirtschaftlichkeit von Mieterstrom von Daniel Paschka:** Die Modellrechnung zur Wirtschaftlichkeit von Mieterstrom analysiert die Deckungsbeiträge von Wohnungsunternehmen und Energiedienstleistern sowie die finanzielle Entlastung von Mietern bei der Durchführung von Mieterstrommodellen. Es werden damit die Interessen der drei wichtigsten Akteure von Mieterstromkonzepten in den Blick genommen. Die Ergebnisse werden in Abhängigkeit von verschiedener Teilnehmerquoten verglichen und fallweise analysiert. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse rundet den Beitrag ab. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Das Buch kann durch die Vielfalt der Blickwinkel und Fachlichkeit der Beiträge uneingeschränkt empfohlen werden. Aufgrund des erst gerade verabschiedeten Mieterstromgesetzes sind dessen Nutzen und Wirkungen naheliegenderweise nicht eingearbeitet.

Behr, Iris, Großklos, Marc (Hg.): Praxishandbuch Mieterstrom. Fakten, Argumente und Strategien, Wiesbaden, 2017 (Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH), 39,99 Euro.

## ANZEIGE

**SSM eBay-Shop**

stores.ebay.de/ssmsale2012

KLIMACAMP IM RHEINLAND

# » Kohle erSetzen «



▲ Transparente malen bevor es los geht



▲ Bezugsgruppentraining vor der Aktion



▲ Aktionstraining zur Vorbereitung auf die Blockade



▲ Auf geht's!



▲ Vier Blockadegruppen blockierten vier Zufahrtsstraßen des Kraftwerkes Neurath



▲ Einer der Blockadepunkte ist direkt vor dem Kraftwerk



▲ Ein Aktivist wurde von der Polizei mit Pfefferspray verletzt



▲ Ein Versuch, einen der Blockadepunkte zu räumen



▲ Pressesprecherin der Aktion Kohle erSetzen tritt vor die Kamera

Alle Bilder dieser Seite sind bei der Aktion von © Herbert Sauerwein gemacht worden.

Eine große Vielfalt bestimmte das viel beachtete Szenario der Aktionstage des Protestes und des Zivilen Ungehorsams im Rheinischen Braunkohlerevier vom 24. - 29. August im Kontext der Klimacamps 2017.

EMILIO ALFRED WEINBERG, KÖLN

Kohle erSetzen: Das waren 4 mehrstündige Sitzblockaden von circa 150 Menschen am 26. August im öffentlichen Raum vor dem Kraftwerk Neurath im Rheinischen Braunkohlerevier und somit eine weitere solidarisch aufeinander bezogene Aktionsform neben »Ende Gelände«. »Kohle erSetzen« erwies sich als eine wertvolle Ergänzung zu den Aktionen von »Ende Gelände«. Viele Teilnehmer\*innen wünschen sich eine Wiederholung im nächsten Jahr.

Organisiert wurde die Aktion von JunepA, die Teil des Organisatorenbündnisses ZUGABE (Ziviler Ungehorsam – Gewaltfreie Aktion – Bewegung), das die Aktion Kohle erSetzen tatkräftig unterstützte. Es war einerseits ein sehr viel Schutz bietendes und sehr gut vorbereitetes Angebot für junge Menschen und Neueinsteiger\*innen in die direkten Aktionen für

Klima-Gerechtigkeit beziehungsweise für den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle. Andererseits passend für erfahrenere Aktivist\*innen, die eine Unterlassungserklärung unterschrieben hatten und von daher nicht mehr das Privatgelände von RWE betreten wollten und schließlich eine stimmige Aktionsform für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Insgesamt war die Stimmung während der Aktion sehr gut bis überschwänglich, auch wenn es an einem Blockadepunkt zu einem Pfeffersprayeinsatz kam und auch einige Festnahmen durch die Polizei erfolgten. Manche Teilnehmer\*innen waren überrascht von dem Ärger einiger Anwohner\*innen über die blockierte Straße, erschrocken über eine Frau, die rücksichtslos in / durch eine Blockade gefahren war.

Aus meiner Sicht konnte JunepA die Prinzipien, wie in der folgenden Grundsatzklärung formuliert, überzeugend in die Tat umsetzen und damit neben den spektakulären Massaktionen von Ende Gelände auch bei vielen anderen Anti-Kohle-Aktivist\*innen eine große Anerkennung erzielen:

»...Die Idee von JunepA ist es, eine Plattform und Koordinationsmöglich-

keiten für Jugendliche, die sich politisch engagieren möchten, zu schaffen. Dabei soll es zum Einen um die Möglichkeit gehen, gemeinsam mit anderen jungen Menschen politische Aktionen durchzuführen und zum Anderen darum, politisches und actionstechnisches Wissen weiterzugeben und auszutauschen. Unserer Meinung nach ist es sehr wichtig, dass sich junge Menschen gemeinsam für ihre Umwelt und Mitmenschen einsetzen, da sie ihre Zukunft selber gestalten wollen. Damit wollen wir zeigen, dass auch diese politisch interessiert sind. Dabei ist uns wichtig, dass wir nicht von einer Elternorganisation abhängig sind, sondern selbstständig und autonom arbeiten. Bei unseren Aktionen wollen wir mutig und direkt eingreifen. Wir wollen unserem Gegenüber dabei nicht diskriminierend begegnen. Von uns geht keine eskalative Gewalt gegen Lebewesen aus. Innerhalb von JunepA wollen wir uns, so weit es geht, basisdemokratisch organisieren und im Konsens entscheiden. Kein Mensch soll sich durch die Gruppe oder durch andere Faktoren zu irgendetwas gedrängt fühlen, sondern ihre/seine Bedürfnisse und Grenzen beachten und ernst nehmen dürfen.

Wir wollen uns der Verantwortung für uns, für die Umwelt und für kommenden Generationen bewusst sein und mit unseren Aktionen ein buntes, lebensbejahendes Bild vermitteln.«

<http://junepa.blogspot.eu/>

ANZEIGE

**Waterkant**  
UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION  
Erscheint seit 1986 Sommer 2017

**Kampagne »Fair übers Meer«**  
Arbeit in der Fischereindustrie  
Kreuzfahrt-Tourismus  
Hafenarbeit: Zum Beispiel Bremen

**Meeresschutz**  
UN-Ozean-Konferenz in New York  
Schiefelage in Nord- und Ostsee

Verklappung vor Borkum  
Munitionslast  
Angriff auf Bürgerrechte  
Kali+Salz

Probehefte und Infos: [www.waterkant.info](http://www.waterkant.info)

## NYÉLÉNI-HERBSTTREFFEN

» Gutes Essen für alle! «  
26. - 29. Oktober (Graz)

Die Bewegung für Ernährungssouveränität setzt den akuten Krisen unserer Zeit die Vision einer bäuerlichen und vielfältigen Landwirtschaft entgegen, in der diejenigen, die Lebensmittel produzieren, verarbeiten und verteilen in den Fokus rücken und mitentscheiden, wie wir uns künftig ernähren wollen. Ernährungssouveränität wird erst durch solidarische Beziehungen zwischen allen Akteuren\*innen des Lebensmittelsystems möglich und stärkt vor allem diejenigen, die es aufgrund verschiedener ökonomischer, sozialer und politischer Ausgrenzungsformen schwer haben. Die Teilnehmer\*innen können sich auf viele interessante Workshops und Exkursionen freuen.

Info: » <http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/Veranstaltung/> «

## Das I.L.A. Schreibkollektiv

Im Juli 2017 erschien im oekom Verlag das Dossier »Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert.« Die Autor\*innen und Herausgeber\*innen traten nicht als einzelne Personen, sondern als Kollektiv von Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen auf. Die Fragen von Contraste beantwortet Magdalena Heuwieser, Mitglied des Kollektivs.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ.

### Wofür steht I.L.A. Kollektiv?

Das steht für »Imperiale Lebensweise und Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert«. Unser Kollektiv hat sich ein Jahr lang in einer Schreibwerkstatt dieses Themas angenommen, um gemeinsam ein Buch zu schreiben. »Auf Kosten anderer?« ist Anfang Juli beim oekom-Verlag erschienen. Seither machen wir weiter Bildungsarbeit, bieten Buchvorstellungen, Workshops und Ähnliches an.

### Woher kam die Idee für das Kollektiv?

Die Idee kam vom Verein Common Future e.V., der Geld aufstellte, um die Schreibwerkstatt zu organisieren. Dass wir uns dann als Kollektiv ansahen und auch so nannten, lag dann eher an uns Teilnehmer\*innen der Werkstatt. Die Schreibwerkstatt hätte vielleicht auch anders laufen können. Aber wir entschieden gemeinsam gegen einen typischen Sammelband, mit einzelnen Kapiteln und Autor\*innen-Namen, wie es für eine wissenschaftliche Laufbahn ja relevant wäre. Wir wollten, dass unsere hierarchieflache Arbeitsweise, unsere gemeinsamen Entscheidungen zum Umgang miteinander, zum Inhalt, zur Gestaltung und Publikation des Dossiers sich widerspiegeln.

### Aus welchen Bereichen kommen die Menschen des Kollektivs?

Wir sind 15 junge Wissenschaftler\*innen und/oder Aktivist\*innen, recht interdisziplinär, mit Ausbildungen in der Volkswirtschaftslehre,

Entwicklungs- und Agrarökonomik, Geschichte, Politikwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Umweltwissenschaft, Recht und anderen und aktiv in sozialen Bewegungen, NGOs oder im gewerkschaftlichen Umfeld.

### Was seht ihr als eure Aufgaben?

Unser Ziel war von Anfang an, das wissenschaftliche Konzept der imperialen Lebensweise einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, durch eine ansprechende, nicht ausschließende Sprache im Dossier, sowie jetzt durch unsere Website und Bildungsarbeit. Wir sind der Meinung, dass das Konzept der imperialen Produktions- und Lebensweise, das ursprünglich von Ulrich Brand und Markus Wissen stammt, sehr hilfreich ist, um zu verstehen, warum das kapitalistische, auf Ausbeutung von Arbeitskraft und der Biosphäre beruhende System so stabil ist. Denn es ist sehr tief in den Infrastrukturen, Institutionen, Diskursen aber auch im Alltag und in den Wünschen vieler Menschen verankert. Insofern kann das Verständnis davon auch dazu beitragen, Ansätze, Hebelpunkte zu erkennen, um die Transformation hin zu einer solidarischeren Produktions- und Lebensweise zu ermöglichen.

### Wie seid ihr organisiert?

Wir haben uns während der Schreibwerkstatt von April 2016 bis Mai 2017 an sechs Wochenenden an verschiedenen Orten getroffen und dort unsere Entscheidungen getroffen. Dazwischen haben wir in Kleingruppen gearbeitet, sowie über E-Mail kommuniziert und an Online-Dokumenten gemeinsam geschrieben und uns Feedback gegeben. Tom und Katha haben die Schreibwerkstatt koordiniert, Karin Walther war als Moderation bei den Treffen eine großartige Unterstützung.

### Woher kam die Finanzierung?

Die Schreibwerkstatt, deren Koordination und Moderation

und ein Großteil der Fahrtkosten und Seminarhaus-Kosten wurden durch Förderanträge bei der RLS, bei Engagement Global, Misereor und so weiter finanziert. Die Teilnehmer\*innen haben ehrenamtlich gearbeitet.

### Wie hat das gemeinsame Schreiben funktioniert?

Super! Besser, als ich dachte.

### Was waren die Vorteile der gemeinsamen Arbeit? Gab es Dinge, die schwierig waren?

Zum Beispiel haben fast alle auf fast alle Kapitel ein- oder mehrmals Feedback gegeben. Das hat die Texte verbessert und das Dossier zu einem runden Ganzen gemacht, hinter dem alle – mal mehr und mal weniger – stehen können. Aber das heißt natürlich auch, in mehreren Feedbackschleifen über den Text zu gehen. Es war immer eine Mischung aus Ehrgeiz und Lust, das Beste draus zu machen, aber auch sich Zurücknehmen, um das Gemeinsame nicht zu gefährden und zu Kompromissen zu kommen.

### Gibt es weitere Projekte und wenn ja welche?

Katha hat ein Folgeprojekt eingereicht, das sich nun verstärkt mit der sozial-ökologischen Transformation, mit Ansätzen und auch gewissermaßen realisierbaren Utopien auseinandersetzt. Daran können jetzt neue Leute teilnehmen, es wird aber weiter Austausch zu unserem Kollektiv geben. Wir sind, wie gesagt, weiterhin dabei, mithilfe des Dossiers Bildungsarbeit zu machen, zum Beispiel Workshops anzubieten. Das funktioniert relativ dezentral, weil wir über Deutschland und Österreich verstreut wohnen, aber oft schicken wir die Anfragen oder Möglichkeiten über unsere Liste und teilen uns die Arbeit auf. Im Oktober treffen wir uns wieder im Rahmen einer Konferenz.

Link: [aufkostenanderer.org](http://aufkostenanderer.org)

Eine Rezension des Buches erscheint in der Oktober-Ausgabe der *contraste*

## Here's to you - Nicola and Bart



▲ Portraits von Sacco und Vanzetti, die einen Tag nach ihrer Festnahme 1920 aufgenommen wurden. Foto: wikimedia.org

Vor 90 Jahren, am 22. August 1927, wurden drei Männer im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts unter enormen Medienrummel auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Sie sollen gemeinsam mit einem vierten Komplizen am 15. April 1920 einen Geldtransporter überfallen haben, wobei es auch Tote gab. Ihre Namen lauteten Celestino Madeiros, Nicola Sacco und Bartholomeo Vanzetti. Erstgenannter bekannte sich schuldig, die anderen beiden beteuerten ihre Unschuld, was auch von Madeiros Aussagen vor Gericht bestätigt wurde. Dennoch wurden auch sie hingerichtet. Sie wurden erst posthum – im Jahre 1977 – offiziell von Massachusetts Gouverneur Michael Dukakis von jeglicher Schuld freigesprochen.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Das Verfahren gegen die beiden italienischen Anarchisten Sacco (1891-1927) und Vanzetti (1888-1927) war aber nicht »lediglich« ein Justizirrtum, sondern ein politisches Verfahren. Sie wurden augenscheinlich nicht für die Tat, sondern für ihre politische Einstellung verurteilt. Die beiden Migranten, die 1908 mit großen Hoffnungen ins »Land der Freiheit« zogen, waren Vertreter des insurrektionalistischen beziehungsweise illegalistischen Anarchismus, den zu jener Zeit ein anderer italienischstämmiger Anarchist vertrat – Luigi Galleani, dem sie inhaltlich nahestanden. Zudem spielte in das Verfahren gegen die beiden aber auch die, in jener Zeit durch die Presse geschürte Xenophobie gegen italienische Einwanderer, die man sowohl mit sozialrevolutionären Ideen als auch mit der Mafia assoziierte, mithinein. Historisch fiel das Verfahren in die erste Red Scare-Periode (1917-1920) in Amerika, die durch eine irrationale Furcht vor Sozialist\*innen geprägt war und ihren Ausdruck in einer Vielzahl politischer Repressalien fand. Im Zuge der red scare (roten Furcht) kam es zu zahlreichen Ausweisungen und Deportationen (vermeintlich) kommunistischer, sozialistischer und anarchistischer Migrant\*innen. Betroffen davon waren unter anderen »Red Emma« Goldman und Alexander Berkman.

Trotz mangelnder Beweise und schwacher Indizien verurteilte der Richter die beiden Italiener zum Tode. Alle Versuche, sie zu retten – sei es durch ein Gnadengesuch oder durch Proteste auf der Straße scheiterten.

Das (politische) Verfahren gegen Sacco und Vanzetti reiht sich dabei in eine ganze Geschichte von politischen Verfahren ein – angefangen bei den Verfahren gegen die vermeintlichen Haymarket-Attentäter († 1886), den Wobbly-Liedermacher Joe Hill († 1915), dem kommunistischen Ehepaar Ethel und Julius Rosenberg († 1953) oder den, immer noch in Gefängnissen einsitzenden Aktivist Leonard Peltier (seit 1977) und Mumia Abu-Jamal (seit 1982).

Der Fall Sacco und Vanzetti hat damals weltweit für Aufsehen gesorgt. In jeder europäischen Großstadt, aber auch in Asien und Afrika, gingen die

Menschen auf die Straße, um gegen diese Todesurteile zu demonstrieren. Wie kein zweites Verfahren fand der Protest aber auch im Wirken von Kulturschaffenden seinen Niederschlag – Erich Mühsam schrieb sein Theaterstück »Staatsräson« basierend auf dem Fall und der amerikanische Sozialist Upton Sinclair griff in seiner Geschichte »Boston«, die kürzlich in einer deutschen Neuauflage erschien, das Thema auf, außerdem bildeten die Vorkommnisse den Kontext für Andre Bretons Roman »Nadja« und mit Joan Baez' Lied »Here's to you - Nicola and Bart«, welches auch die Grundlage für die erweiterte Fassung von Franz Josef Degenhardt wurde, wurde der Fall auch musikalisch unsterblich. Baez' Beitrag erschien ursprünglich als Soundtrack zu Giuliano Montaldos' Spielfilm »Sacco & Vanzetti« (F/I 1971). Baez hatte in ihrem Lied Originalbriefe von Vanzetti aufgegriffen, die dieser während seiner Inhaftierung schrieb. Selbst heute tauchen die Namen der beiden noch vereinzelt in der Popkultur auf – wie etwa in der amerikanischen TV-Serie »Sopranos«, einer Serie über eine Mafiafamilie.

Nun kommt endlich eine, wenn auch nicht mehr ganz so neue Dokumentation von Peter Miller als Originalversion mit Untertiteln in deutschsprachige Kinos. Diese entstand bereits 2006. Peter Miller hat sich in Italien und Amerika auf Spurensuche gegeben. Er hat dabei Zeitgenossen der beiden Anarchisten, den bekannten amerikanischen Aktivisten Howard Zinn, Historiker\*innen, Arlo Guthry, Sohn des berühmten Folksängers, und selbst die Nichte von Sacco zu Wort kommen lassen. Sie vermitteln ein sehr lebendiges Bild der beiden Männer und ihres Falls, der bis heute für Empörung sorgt. Zur Illustration der Dokumentation werden historische und aktuelle Aufnahmen mit Spielfilmsequenzen aus der oben erwähnten Verfilmung von Giuliano Montaldos ergänzt. Dabei verbleibt der Regisseur nicht lediglich in einer historischen Perspektive verhaftet, sondern stellt eine Verbindung zu heutigen Erscheinungsformen des Rassismus in den USA her. Obwohl die Dokumentation keine neuen Erkenntnisse präsentiert, ist es eine sehr gute und sehenswerte Dokumentation.

Sacco und Vanzetti (OmU), USA 2006, 80 min, Regie: Peter Miller  
Weitere Informationen (auf Englisch): [https://www.fandor.com/films/sacco\\_and\\_vanzetti](https://www.fandor.com/films/sacco_and_vanzetti)

## Lesenswertes

**Erich Mühsam:** Staatsräson. Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti, Trotzdem Verlag Grafenau 1992.

**Helmut Ortner:** Zwei Italiener in Amerika. Der Justizmord Sacco & Vanzetti, Verlag Arthur Moewig Rastatt 1988.

**Augustin Souchy:** Sacco und Vanzetti. Dokumentation, Verlag Freie Gesellschaft Frankfurt / M. o. J.

## ANZEIGEN

**SOPHIE**  
wäre bei uns Stifterin

Sophie Scholl widersetzte sich nicht nur Hitler und den Faschisten. Sie meinte auch, dass es nicht reiche, die gesellschaftlichen Probleme zu benennen, es müssten auch die ökonomischen Ursachen behoben werden.

ethecon setzt genau hier an. Mit weltweiten Kampagnen und Aktionen. Für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung. Als Stiftung mit langem Atem. Weit über die heute lebenden Generationen hinaus.

ethecon ist eine Stiftung „von unten“ und braucht noch mehr Spenderinnen, Fördermitglieder und Stifterinnen. Zustiftungen sind bereits mit kleinen monatlichen Raten möglich.

**Und Sie?**  
Zustiftungen sind bereits mit kleinen Beträgen möglich. Jetzt kostenfrei Infos anfordern.

Bitte schick mir weitere Informationen (kostenfrei).

Ich werde Fördermitglied mit (mind. 60 € jährl.) ..... €  
Der Beitrag soll in gleichen Raten eingezogen werden  
 monatl.  viertelj.  halbjährl.  jährl. .... €

Ich spende der Stiftung ethecon ..... €

Ich werde Stifter/in bei ethecon

Einmalzahlung (mind. 5 Tsd. €) ..... €

Ratenzahlung monatlich (mind. 20 €) ..... €  
(in beiden Fällen ist eine zusätzl. Fördermitgliedschaft erforderlich)

Bitte deutlich schreiben:

Name, Vorname  Alter

Straße, Nummer  PLZ, Ort

Telefon  Geldinstitut

IBAN  BIC

E-Mail  Datum, Unterschrift



**ethecon**  
Stiftung Ethik & Ökonomie

Schweidnitzer Straße 41 · D-40231 Düsseldorf · Fon 0211 – 26 11 210  
Fax 0211 – 26 11 220 · eMail [info@ethecon.org](mailto:info@ethecon.org) | [facebook/ethecon](https://www.facebook.com/ethecon)

**IMPERIALE LEBENSWEISE**



Es ist so eine Sache, wenn Ideen, die lange nur »idealistischen« Minderheiten vorbehalten waren, plötzlich Eingang in die sogenannte Mitte der Gesellschaft finden. Einerseits sollen sich gute Ideen verbreiten. Andererseits stellt sich die Frage, ob sie dies wirklich tun können, werden sie ohne politische Schlagkraft präsentiert.

In dem Buch »Imperiale Lebensweise«. Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus stimmt inhaltlich so ziemlich alles: Der Kapitalismus ist weder sozial noch ökologisch haltbar, die Menschen im globalen Norden leben auf Kosten anderer, es wird zu viel Auto gefahren, Fleisch gegessen und unnützes Zeug produziert. Die imperiale Lebensweise verweist »auf die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden ... eingelassen sind.«

Politisch bleibt das Buch jedoch zahlos. Wenn es um die konkreten Schlussfolgerungen ihrer Analysen geht, flüchten sich die Autoren in Gemeinplätze wie »es geht um ... gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten und Leitbilder, welche ... eine solidarische Lebensweise ermöglichen«. Immerhin wurden diese mittlerweile in einem vom Verlag nachgereichten und von mehreren Autor\*innen verfassten Dossier mit dem Titel »Auf Kosten Anderer?« konkretisiert.

Das Dossier ist auch sprachlich zugänglich. In »Imperiale Lebensweise« grüßt vor allem das sprichwörtliche Soziologendeutsch. Wenn es etwa um den Verkehr geht, rüttelt ein Manifest wie die VerkehrsMacht-Ordnung von Plank.nu mehr auf, auch wenn die Argumente die gleichen sind.

Ein älteres Buch des oekom Verlages, dessen Programm sich irgendwo zwischen Lebensberatung, kritischer Gesellschaftsanalyse und ökologischer Zukunftsvision bewegt, ist herausfordernder. Niko Paech verfolgt in seinem 2012 erschienenen Band »Befreiung vom Überfluss«. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie einen Ansatz, auf dessen Bedeutung auch in »Imperiale Lebensweise« verwiesen wird. Paech scheut sich dabei allerdings nicht, die Dinge beim Namen zu nennen: Er kritisiert das »kerosintriefende Bildungs-, Projekt- und Party-Nomadentum« genauso wie den »Bequemlichkeitsfortschritt« oder das »Convenience-Dasein«.

Moralismus ist ein böses Wort, kann aber Reflexion und Handlung anregen. Etwas mehr davon hätte Imperiale Lebensweise gut getan. Nicht zuletzt würde dadurch ein Prinzip greifbarer, das bei Leser\*innen der Contraste durchaus Anklang finden sollte: »Alle, die von den Auswirkungen einer Entscheidung betroffen sind, werden gleichberechtigt an deren Zustandekommen beteiligt.«

Gabriel Kuhn

**KLASSENUNTERSCHIEDE**



Klasse war kein großes kontrovers diskutiertes Thema in der feministischen Bewegung der 1980er und 1990er Jahre, aber es war ein Thema. Die Soziologin Julia Roßhart hat Klassenunterschiede in ihrem Buch, bzw. ihrer Dissertation, analysiert. Die Autorin versammelt in zwölf Kapiteln anti-klassistische Binneninterventionen der autonomen Frauen- und Lesbenbewegung. Sechs davon im Kontext der BRD, ergänzt durch »einen Blick auf Interventionen in Hochschule und Wissenschaft und auf anti-klassistische Denkanstöße aus anderen feministischen Bewegungskontexten (Niederlande, USA)«.

Es geht nicht nur um ökonomische Unterschiede, zum Beispiel ökonomische Fortschreibungen von Klassenherkunft qua Erbschaften oder finanzieller Unterstützung. Auch Verhaltensmuster spiegeln den eigenen Status wider. Proletarische Frauen haben immer das Gefühl, ins Fettnäpfchen zu treten, den Ton nicht zu treffen. Die Prolo-Lesben (»proletarische Lesben«) hatten den Wunsch nach einer Abkehr von der Orientierung auf das »Bürgerliche«. Von ihnen wurden Umgangsformen oder Sprache verlangt, die sie nicht beherrschten. Sie wollten die Szenenormen aufknacken. Gefühle der Unterlegenheit und Minderwertigkeit wurden von ihnen als Folge bürgerlicher Normsetzungen politisiert. Zwei Jahre gab es ein Umverteilungskonto, auf das (vergleichsweise) reiche Lesben beziehungsweise Lesben aus der Mittelschicht einzahlten und von dem arme Lesben Geld abhoben, und zwar anonym, weil die Offenlegung persönlicher Armut oft zu unangenehm gewesen wäre. Es sei nämlich absurd: »Jede steht mit Geldbeschaffung alleine da – aber hochtrabende Diskussionen.«

Der afro-karibisch-amerikanischen Dichterin, Aktivistin und Autorin Audre Lorde ist ein Kapitel gewidmet, sie schrieb: »Wenn weiße feministische Theorie meint, sich nicht mit den Unterschieden zwischen uns beschäftigen zu müssen und mit den sich daraus ergebenden Unterschieden unserer Unterdrückung, wie geht ihr dann mit der Tatsache um, daß Frauen, die eure Wohnungen putzen und auf eure Kinder achtgeben, während ihr an Konferenzen über feministische Theorie teilnehmt, vorwiegend mittellose Frauen und »women of color« sind.« Sie weist darauf hin, dass aus marginalisierten Positionen Erfahrungswissen entstehe. Nach Audre Lorde seien Feministinnen beispielsweise nicht per se Verbündete für arme Frauen und Arbeiterinnen, sondern sie würden dies erst durch den gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Klassenverhältnisse. Julia Roßhart hat mit ihrer Dissertation eine enorme Arbeit geleistet. Das Buch sollte Pflichtlektüre in der Linken sein, in der Klassenunterschiede oft verschleiern werden.

Anne Seeck

Julia Roßhart, Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag, Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD, Berlin 2016, 574 Seiten, 19,80 Euro

**EINE SCHULE, DIE GLÜCKLICH MACHT**



Es klingt wie ein Märchen und ist doch real: Die FSE (Schule für Erwachsenenbildung) in Berlin-Kreuzberg hat durchweg glückliche SchülerInnen. Einer davon war der Filmmacher Alexander Kleider. Mündige Menschen mit authentischem Wissensdurst und Freude am Leben bildet die selbstverwaltete, vom Staat unabhängige Schule aus. Das sei wichtiger als ein vorderer Platz im Pisa-Ranking, meint der Regisseur, der selbst als Jugendlicher im Regelschulsystem gescheitert war und dank der FSE sein Abitur geschafft hat.

In »Berlin Rebel Highschool« stellt Kleider vier junge Schulabbrecher vor, die an der FSE ihr Abitur nachholen wollen – vier von jährlich 60.000 am Schulsystem Gescheiterten in der Bundesrepublik. Mehr als 10.000 Schüler\*innen haben es in den über vierzig Jahren, die diese Projektschule existiert, zum Abitur gebracht. Eine Aufnahmeprüfung gibt es nicht, auch keine Noten.

Der Film dokumentiert neben dem Bildungsweg einiger der derzeit 310 Schüler\*innen auch das Konzept der außergewöhnlichen Schule. Sie funktioniert basisdemokratisch und selbstorganisiert: Lehrer\*innen, Schüler\*innen, Verwaltungskräfte, Küchenpersonal – alle treffen sich 14-tägig zur Vollversammlung, auf der über Lerninhalte und Finanzen und alles andere beschlossen wird. Auch über das Gehalt der 14 Lehrkräfte wird dort entschieden. Mehr als ihr einheitlicher Stundenlohn von 12,50 Euro ist nicht drin. Finanziert wird alles durch die monatlich 160 Euro Schulgeld der jungen Erwachsenen.

Bekäme die Schule eine Prüfungsurlaubnis, wären damit auch die staatliche Anerkennung und eine finanzielle Unterstützung verbunden. Die Vollversammlung aus Schüler\*innen und Lehrer\*innen hat solche Pläne immer wieder abgelehnt, weil der Lehrer nicht zum Prüfer werden sollte; und weil niemand die Freiheit dieser Schule dem Geld opfern will. Die knapp bezahlten Pädagog\*innen jammern nicht. Vielmehr haben sie auch noch nach Jahrzehnten Unterricht Spaß am Vermitteln ihrer Kenntnisse und Erfahrungen. Wie Klaus Trappmann, Deutsch- und Kunstlehrer an der FSE. »Es gibt kein Falsch, aus Fehlern lernen wir«, erklärt er. Und während viele Lehrer\*innen an herkömmlichen Schulen mit Burn-out in Frührente gehen, arbeiten die FSE-Lehrkräfte freiwillig weit über ihr Rentenalter hinaus an dieser Schule ohne Hierarchie und Konkurrenzdruck. Manchmal lehrt jemand aus dem Kreis der Lernenden. Denn hier sind alle für alles zuständig – inklusive Küchendienst und Toiletten putzen.

Ariane Dettloff

Der Dokumentarfilm »Berlin Rebel Highschool« läuft zurzeit noch in den Kinos, als DVD wird er für 15,99 Euro ab 17.11.2017 zu erwerben sein

**ERINNERUNG AN EINEN RADIKALEN DEMOKRATEN**



»Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.« Jeder kennt wohl diese Verse aus dem so genannten Bundeslied, das Ferdinand Lassalle anlässlich der Gründung der SPD in Auftrag gegeben hatte. Kaum einEr wisse jedoch, dass die Verse von Georg Herwegh stammen, dem bedeutendsten Lyriker, den Stuttgart hervorgebracht habe – sagt jedenfalls Frank Ackermann. Er ist Leiter des »Philosophischen Cafés« des Stuttgarter Bürgerprojekts »die Anstifter« und hat zum 200. Geburtstag von Herwegh in den Archiven gestöbert. Gefunden und neu zusammengestellt hat er 20 der bekanntesten Gedichte sowie seine bisher zu Unrecht vergessene Flugschrift »Schiller und seine Statue«. Die ausgewählten Texte sind mit interessanten Anmerkungen zum Entstehungshintergrund sowie einigen historisch relevanten Informationen versehen.

Georg Herwegh lebte anfangs in Stuttgart, musste im Alter von 22 Jahren jedoch fliehen. Mit seinen kraftvollen Texten war er einer der wichtigsten Vertreter des »Vormärz« und hatte nach seiner Flucht in der Schweiz und in Frankreich engen Kontakt mit Heinrich Heine, Karl Marx, Victor Hugo, Michael Bakunin und anderen. In der erwähnten Flugschrift wird Herweghs Rolle als Akteur der 1848er-Revolution deutlich, wie er zum Beispiel mit Sätzen voller Empörung Partei ergreift für die »verleumdeten Philosophen und geächteten Dichter« und sich damit gegen die vorherrschende Meinung stellt – oder wie Herwegh schrieb: »Gegen das Alte, das längst den Keim des Todes und der Verwesung in sich trägt.« Seinen Unmut und seine angriffslustigen Texte, die er selbst als »Gedichte eines Lebendigen« bezeichnete, machten ihn bekannt und beliebt.

Im aktuellen Büchlein ist nicht nur die Lyrik des umjubelten Vormärz-Dichters zu finden, sondern auch Gedichte eines im Alter Vereinsamen, der jedoch immer noch mit scharfen Versen den Chauvinismus des Kaiserreichs geißelt. Im Vorwort unter der Überschrift »Streiten!« ruft Peter Grohmann dazu auf, sich angesichts eines heute wieder aufkeimenden Nationalismus zu erinnern an »die aufsässigen und quer denkenden Zeitgenossen, die den Traum der Freien und Gleichen träumten«. Und statt ohnmächtig zuzuschauen, wie sich heute die europäischen Eliten einmauern, lohne es sich, beispielsweise Herwegh aus dem Jahr 1841 zu zitieren: »Und durch Europa brechen wir der Freiheit eine Gasse!« - Viele StuttgarterInnen scheinen bereit sein zum Streiten, denn sie füllten den Rathaus-Saal bei der Buchpräsentation fast bis zum letzten Platz und lauschten begeistert den rezitierten Gedichten.

Peter Streiff

Georg Herwegh - Zum 200. Geburtstag. Ausgewählt und eingeleitet von Frank Ackermann; Peter-Grohmann-Verlag, Stuttgart 2017, 96 Seiten, 7,90 Euro

**SOLIDARITÄT MIT DER NICARAGUANISCHEN REVOLUTION**



Der Roman Momotombo spielt in den 1980er Jahren in Nicaragua. Momotombo ist der Name eines Vulkanbergs, Wahrzeichen des Landes, und der Titel weist auch auf die explosive politische Situation hin, nachdem die sandinistische Befreiungsfront FSLN 1979 die Somoza-Diktatur stürzte und nun versucht eine andere, gerechtere Gesellschaft aufzubauen.

Hauptfigur ist Julia, eine Aktivistin aus Westdeutschland, die nach Nicaragua gekommen ist, um die Revolution zu unterstützen. Während die meisten Solidaritätsreisenden nur für ein paar Wochen kamen, bleibt Julia länger und hilft dem nicaraguanischen Frauenverband beim Aufbau einer Textil-Kooperative in einem Dorf.

Das Buch leistet einen Beitrag zur Geschichtsschreibung aus der Perspektive der Protagonistin, die sich in Deutschland der radikalen Linken zuordnet. Westdeutschland stand damals fest an der Seite der USA, die mit allen Mitteln versuchten, die Volksregierung der FSLN zu torpedieren und Contra-Banden unterstützten, die systematisch brandschatzend und mordend das Land destabilisierten.

Es gelingt Elisabeth Erdtmann aus historischen Fakten facettenreiche Bilder entstehen zu lassen, aus denen die Hoffnungen der nicaraguanischen Revolution im Alltag der Menschen spürbar werden, ebenso wie die Verzweiflung der Angehörigen, wenn wieder einmal Familienmitglieder oder Freund\*innen von Contras umgebracht wurden. Seine Authentizität bezieht der Roman nicht zuletzt daraus, dass die Autorin damals selbst einige Jahre in Nicaragua gelebt hat. Wortgewaltig beschreibt sie ihre Wahrnehmungen und Gedanken, all das Fremde, Verunsichernde, und die quälenden Selbstzweifel ihres Alter Ego Julia.

Manchmal war mir beim Lesen etwas zu viel Fülle und Wucht in den Sätzen, wenn immer noch ein weiteres starkes Bild auf mich eindrang, und ich konnte spüren, wie überwältigt Julia von den oft viel zu vielen Eindrücken war. Immer wieder reflektiert sie ihre Rolle, befragt sich und ihre Mitstreiter\*innen nach kolonialen Denkmustern, und nach den nicht zu leugnenden Privilegien, auch hier im Solidaritätseinsatz.

Die Autorin hat in die Dialoge der Romanhandlung und teils auch in Kommentaren, Erläuterungen zur politischen Situation eingefügt, die meist zum Verständnis hilfreich sind, auch wenn ich den Einordnungen nicht immer folgen mochte, insbesondere wenn ich sie als geschlechterklischeehaft oder als bewertende Zuschreibungen empfand. Diese Stellen habe ich unter »authentisch« verbucht, ebenso wie die häufige Verwendung des fragwürdigen Begriffs »Volk«. Aus der Perspektive von vor 30 Jahren ist hier dokumentiert, wie damals in der Linken mitunter gedacht und gesprochen wurde.

Insgesamt ist der Roman ein Zeugnis von nicht zuletzt auch feministischer Solidarität. Er zeigt anschaulich und berührend die Bemühungen, unter den Bedingungen ständiger Bedrohung selbstverwaltete und solidarische Strukturen aufzubauen.

Elisabeth Voß

Elisabeth Erdtmann: Momotombo, Roman, Verlag tredition, Hamburg 2016, 404 Seiten, 14,99 Euro

Ulrich Brand und Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. oekom Verlag, München 2017, 224 S., 14,95 Euro

## TERMINE

### TAGESSEMINAR

**Anders Arbeiten - aber wie?**  
9. September (Berlin)

Wie kann Arbeit würdig und selbstbestimmt organisiert werden? Beispiele wie selbstverwaltete Kollektivbetriebe und Belegschaftsunternehmen, Produktiv- und Sozialgenossenschaften und andere Formen selbstorganisierter Erwerbsarbeit werden im Seminar vorgestellt und kritisch diskutiert.

Ort: August Bebel Institut, 13353 Berlin  
Info: <http://august-bebel-institut.de/anders-arbeiten-aber-wie>

### TAG DER REGIONEN

**» Wer weiter denkt, kauff näher ein «**  
22. September - 8. Oktober  
(Bundesweit)

Vieles von dem, was wir heute tun, hat keinen Bezug mehr zu unseren Regionen. Einkaufen, Essen, Arbeiten, Reisen, Engagement, Kultur - was früher unerreichbar war, ist heute völlig normal, aber auch komplexer geworden. Die Bedürfnisse der Regionen und ihrer Bewohner\*innen bleiben dabei oft auf der Strecke. Eigene Stärken geraten in den Hintergrund, einseitiges globales Wirtschaften lässt uns immer weiter auseinander rücken. Der Tag der Regionen ist eine bundesweite Aktion für alle Menschen, die selbst aktiv sind und/oder die ihre Region aktiv und nachhaltig unterstützen möchten.

Info: [www.tag-der-regionen.de/aktuelles/startseite/](http://www.tag-der-regionen.de/aktuelles/startseite/)

### ANZEIGEN

**Der »Islamische Staat«**

2012 und 2013 dauerte es nur wenige Monate, bis der »Islamische Staat« ein Gebiet der Größe Großbritannien erreichte. 2014 wurde Mossul erobert. Der IS rief den eigenen Anführer zum »Kalifen« aus und begann den Völkermord an den Jesiden. Heute wissen wir: Es war der Diktator Bashar al-Assad (Syrien) und die geschlagenen Soldaten von Saddam Hussein (Irak), die den IS aufbauten. Seit 2015, seit dem Sieg der KurdInnen in Kobane, wird der IS Schritt für Schritt militärisch zurückgedrängt. Auch im Irak sind es vor allem kurdische Truppen, die ihm zusetzen. Aber bekämpft wird er ausschließlich militärisch. Alle Bedingungen, die in Syrien und Irak zu seinem Aufstieg führten, bleiben unangetastet.

Reinhard Pohl: **Der »Islamische Staat« Entstehung und konzeptlose Bekämpfung**  
2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

**Widerstand braucht Solidarität**  
Gegen den G20-Gipfel in Hamburg

Im Zuge des G20-Gipfels wird eine große Zahl an Fest- & Ingewahrsamnahmen, sowie Strafverfahren und Verurteilungen auf uns zukommen. Damit die Betroffenen mit den finanziellen Folgen nicht alleine gelassen werden, sind wir alle gefordert diese Kosten solidarisch zu teilen. Spendet auf unser Sonderkonto! Werdet Mitglied der Roten Hilfe!

Rote Hilfe e.V.  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE  
Stichwort: G20

ROTE HILFE E.V.  
rote-hilfe.de/spenden  
rote-hilfe.de/mitglied-werden

### KONSUMKRITIK

**Umsonstladentreffen**  
22. - 24. September (Innsbruck)

»Für eine Solidarische Gesellschaft jenseits kapitalistischer Logik«. Es gibt inzwischen in vielen Teilen der Welt Umsonstläden und ähnliche Initiativen, die zu zeigen versuchen, dass es möglich ist, ohne Geld und ohne Tausch dem bestehenden kapitalistischen System etwas entgegenzusetzen. Das Treffen soll selbstorganisiert und ohne jegliche sexistische und rassistische Diskriminierung ablaufen und wird das werden, was die Teilnehmenden daraus machen. Ort: Waldhüttl, Natterer-See-Weg 6, 6020 Innsbruck

Anmeldung: [kostnix@catbull.com](mailto:kostnix@catbull.com)

### GEMEINSCHAFT

**Interkommune Seminar**  
19. - 22. Oktober (Region Kassel)

Angesprochen sind an Kommunen interessierte Menschen und solche, die sich schon konkret überlegen, in eine Gemeinschaft einzusteigen oder eine weitere Gruppe in der Region zu gründen. Die Inhalte zu gemeinsamer Ökonomie, Konsens, Soziales & Miteinander und politischem Selbstverständnis werden von Menschen aus verschiedenen Kommunen vorgestellt, wodurch Gemeinsamkeiten und Unterschiede erkennbar werden und die Bandbreite unserer Praxis sichtbar wird. Besuche bei mehreren Kommunen bieten Gelegenheit, die Besonderheiten und Per-

spektiven der einzelnen Gruppen mitzubekommen.

Ort: Lebensbogen, Auf dem Dörnberg 13, 34289 Zierenberg  
Anmeldung: Annett Gnas, »mediation@annettgnass.de«  
Info: [www.kommuja.de](http://www.kommuja.de)

### DISOBEDIENCE!

**Kongress für Zivilen Ungehorsam**  
6. - 8. Oktober (Graz)

»Ziviler Ungehorsam ist kein Schmutzkind der Demokratie, sondern deren Leuchtfeuer!« (Peter Grottián)

Für viele soziale Bewegungen, denen es gelang, wichtige gesellschaftliche Fortschritte zu erwirken, waren Formen gewaltfreien zivilen Ungehorsams ein entscheidender Faktor für maßgebliche Erfolge. Nicht nur Ikonen wie Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Rosa Parks, sondern Millionen Menschen setzten weltweit mutig ihre Körper ein, um soziale und ökologische Verbesserungen zu erstreiten. Ohne Aktionen zivilen Ungehorsams würden wir heute in einer erheblich schlechteren Welt leben.

Ort: Forum Stadtpark, 8010 Graz  
Info: <https://www.facebook.com/events/1438619936192026>

### WERTKRITIK

**Ungesellschaftliche Gesellschaftlichkeit**  
13. - 15. Oktober  
(Knüllwald-Niederbeisheim)

150 Jahre nach Erscheinen des »Kapital« wird Karl Marx im ak-

tuellen Diskurs gerade noch banalisierend als früher Kritiker »sozialer Ungleichheit« und der unheilvollen Rolle des Finanzkapitals und der Globalisierung gewürdigt bzw. geschrumpft. Auf dem diesjährigen Krisis-Seminar sollen Widersprüchlichkeiten durch die verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs nachgezeichnet und dessen Unhaltbarkeit aufgezeigt werden, verbunden mit grundsätzlichen Fragestellungen und Ergebnissen aus dem laufenden theoretischen Prozess vorgestellt und diskutiert werden.

Ort: Tagungshaus Mühlrain, 34593 Knüllwald-Niederbeisheim  
Info: <http://tagungshaus-muehlrain.com>

### GEWALTFREI AKTIV

**» We shall overcome! «**  
14. Oktober (Gammertingen)  
15. Oktober (Mössingen)

Die Tagung 2017 steht wieder unter dem Motto: »Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht«. Eingeladen sind engagierte Menschen, die sich für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt einsetzen. Bei dieser Tagung kommen auch wieder Menschen zu Wort, die mit ihrem Engagement Hoffnung und Mut zum eigenen Handeln machen.

Ort: Evangelisches Gemeindehaus, Roter Dill 11, 72501 Gammertingen  
Info: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/010715.html>

**graswurzel revolution**

Schwerpunkt GWR 421: G20 Nachbereitung  
Probeheft kostenlos: [www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)

**express**  
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

**Probexemplar gewünscht?**  
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 7/17 u.a.:

- Stefan Sell: »Ziemlich schwanger?« – Zur Verfassungsmäßigkeit des Tarifeinheitsgesetzes
- Dan DiMaggio: »Gleiche Arbeit, weniger Lohn« – Gewerkschaftliche Solidarität und Kämpfe in Callcentern weltweit
- AG Wahlbeobachtung: »Durchmarsch Macron« – Mit 32 Prozent zur absoluten Mehrheit
- Rolf Kliche: »Entwicklungsland« – Die aktuelle wirtschaftliche Lage in Griechenland
- »Krankes System« – Marsha Niemeijer und Theresa Schloth über das Gesundheitssystem der USA und die Strategie der Gewerkschaft NYSNA
- Gertrud Rettenmaier und Johannes Hauber: »Schwierige Begegnungen« – eine China-Reise mit dem Forum Arbeitswelten

**Niddastr. 64 · 60329 FRANKFURT**  
[express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de) · [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

## KLEINANZEIGEN

### CAMPEN IN VERDEN

Herbstcamp im Waldgarten, 22.9.-2.10., Verden(Nds). Spannende und langweilige Tätigkeiten im Waldgarten, zusammen kochen, schnackeln und diskutieren.

Nähere Infos: [allmende.bplaced.net](http://allmende.bplaced.net)

### GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an: [contact@artinweb.de](mailto:contact@artinweb.de), [www.artinweb.de](http://www.artinweb.de)

### GESCHICHTE(N) BEWAHREN- EIN GENERATIONEN VERBINDENDEN PROJEKT:

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-RedakteurIn Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

[www.werkstatt-fuer-memoiren.de](http://www.werkstatt-fuer-memoiren.de)  
[arianedettloff@ina-koeln.org](mailto:arianedettloff@ina-koeln.org)  
Tel.: (02 21) 31 57 83

### LAYOUTERIN ODER DEUTSCH-SPANISCH / ENGLISCH-SPANISCH ÜBERSETZERIN GESUCHT?

[evasempere@gmail.com](mailto:evasempere@gmail.com)

**Kleinanzeigen**

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).  
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).  
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

### IMPRESSUM

### Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

#### HERAUSGEBER

Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.  
Schönfelderstr. 41A  
34121 Kassel  
[info@contraste.org](mailto:info@contraste.org)  
[www.contraste.org](http://www.contraste.org)

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kumpke

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

#### REDAKTIONEN

**BERLIN:**  
Christoph Chang  
[christoph.chang@riseup.net](mailto:christoph.chang@riseup.net)  
Karl-Heinz Bächstädt  
[karl-heinz.baechstaedt@contraste.org](mailto:karl-heinz.baechstaedt@contraste.org)  
Ulrike Kumpke  
[ulrike.kumpke@contraste.org](mailto:ulrike.kumpke@contraste.org)  
Contraste-Redaktion Berlin  
c/o Netzwerk Selbsthilfe  
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin

**BREMEN:**  
Bernd Hüttner  
[bernd.huettner@contraste.org](mailto:bernd.huettner@contraste.org)

**ELBSANDSTEINGEBIRGE:**  
Johannes Dietrich  
[johannes.dietrich@contraste.org](mailto:johannes.dietrich@contraste.org)

**GÖTTINGEN:**  
Kai Böhne  
[kai.boehne@contraste.org](mailto:kai.boehne@contraste.org)

**HAMBURG:**  
Hilmar Kunath  
☎ (0 40) 39 90 41 96  
[hilmarkunath@web.de](mailto:hilmarkunath@web.de)

**KASSEL:**  
Sabine Conti  
[info@sconti-projektberatung.de](mailto:info@sconti-projektberatung.de)  
Regine Beyß  
[regine.beyss@contraste.org](mailto:regine.beyss@contraste.org)

**KÖLN/BONN:**  
Heinz Weinhausen  
☎ (01 70) 58 38 900  
[heinz.weinhausen@contraste.org](mailto:heinz.weinhausen@contraste.org)  
Ariane Dettloff  
☎ (02 21) 31 57 83

[ariane.dettloff@contraste.org](mailto:ariane.dettloff@contraste.org)

**SPROCKHOVEL:**

Uli Frank  
[ulifrank@unverdiert.de](mailto:ulifrank@unverdiert.de)

**STUTT GART:**

Peter Streiff  
☎ (0 71 44) 33 22 56  
[peter.streiff@netz-bund.de](mailto:peter.streiff@netz-bund.de)

#### ÖSTERREICH:

**GRAZ:**  
Brigitte Kratzwald  
☎ 0043-699 11 28 65 57  
[brigitte.kratzwald@commons.at](mailto:brigitte.kratzwald@commons.at)  
**KLAGENFURT:**  
Hans Wieser  
[hans.wieser@contraste.org](mailto:hans.wieser@contraste.org)

#### SPANIEN:

**MADRID:**  
Eva Sempere  
[layout@contraste.org](mailto:layout@contraste.org)

#### FACHREDAKTIONEN

**GENOSSENSCHAFTEN:**  
Burghard Flieger  
☎ (07 61) 70 90 23  
[genossenschaften@t-online.de](mailto:genossenschaften@t-online.de)

**KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:**  
Regine Beyß  
[gemeinschaften@contraste.org](mailto:gemeinschaften@contraste.org)

#### KLIMA/DEGROWTH

[klima@contraste.org](mailto:klima@contraste.org)

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autorin die Verantwortung. Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

#### HERSTELLUNG

CONTRASTE e.V.  
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

#### Bildredaktion:

Ulrike Kumpke und Eva Sempere  
Layout:  
Eva Sempere  
Druck:  
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

#### IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG  
<https://netz.koop>  
[webmaster@contraste.org](mailto:webmaster@contraste.org)

#### KONTAKT

Anfragen: [info@contraste.org](mailto:info@contraste.org)  
Abonnieren: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)  
Redaktion: [redaktion@contraste.org](mailto:redaktion@contraste.org)  
Termine: [termine@contraste.org](mailto:termine@contraste.org)  
Verein: [vorstand@contraste.org](mailto:vorstand@contraste.org)  
Anzeigen: [anzeigen@contraste.org](mailto:anzeigen@contraste.org)  
Layout: [layout@contraste.org](mailto:layout@contraste.org)

facebook:  
[www.facebook.com/contrastemonatszeitung](http://www.facebook.com/contrastemonatszeitung)  
twitter:  
[contraste.org](http://contraste.org)